



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Politische Konfliktlinien in der EU am Beispiel des Rechtsaktes „EU-Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (SLAPP-Klagen)“

verfasst von | submitted by

Tilman Friedrich B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Gerda Falkner

Abstract

(Deutsch)

Diese Arbeit untersucht die politischen Konfliktlinien (Cleavages), die die Debatte der Europäischen Union über den Rechtsakt „EU-Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor missbräuchlichen Klagen (SLAPPs)“ prägen. Aufbauend auf der Cleavage-Theorie analysiert die Arbeit, wie ökonomische, kulturelle und integrationsbezogene Spaltungen den Diskurs auf EU-Ebene strukturieren. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse untersucht die Arbeit zwei Bereiche: die Plenardebatte im Europäischen Parlament und die öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission. Die Analyse zeigt, dass alle drei Konfliktlinien im Diskurs vertreten sind, wobei die GAL/TAN-Achse am dominantesten ist. Die Arbeit veranschaulicht, wie in einem Politikbereich, der sich auf Grundrechte fokussiert, ideologische und identitätsbasierte Spaltungen in der EU-Politik fortbestehen.

(English)

This thesis examines the political cleavages that shape the European Union's debate on the legislative act 'EU measures to protect journalists and human rights defenders from abusive lawsuits (SLAPPs)'. Building on cleavage theory, the thesis analyses how ideological, cultural and integration-related divisions structure discourse at the EU level. Using qualitative content analysis, the thesis examines two areas: the plenary debate in the European Parliament and the European Commission's public consultation. The analysis shows that all three lines of conflict are represented in the discourse, with the GAL/TAN axis being the most dominant. The thesis illustrates how ideological and identity-based divisions persist in EU politics in a policy area that focuses on fundamental rights.

Inhaltsverzeichnis

TABELLENVERZEICHNIS	5
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	6
1. EINLEITUNG	7
1.1. PROBLEMDARSTELLUNG UND KONTEXT (SACHVERHALT).....	7
1.2. FORSCHUNGSFRAGE UND RELEVANZ	11
1.3. AUFBAU UND STRUKTUR	12
2. FORSCHUNGSDESIGN.....	12
2.1. THEORETISCHER RAHMEN	12
2.1.1. <i>Die Ursprünge der Cleavage-Theorie: Lipset und Rokkan (1967).....</i>	<i>12</i>
2.1.2. <i>Cleavages in der Europäischen Union: Hix und Lord (1997).....</i>	<i>14</i>
2.1.3. <i>Die postfunktionalistische Cleavage-Theorie: Hooghe und Marks (2009)</i>	<i>15</i>
2.1.4. <i>Theoretisches Zwischenfazit.....</i>	<i>17</i>
2.2. STAND DER FORSCHUNG	18
2.3. METHODIK UND DATEN.....	20
2.4. OPERATIONALISIERUNG	21
2.4.1. <i>Die Links/Rechts-Achse</i>	<i>22</i>
2.4.2. <i>Die GAL/TAN-Achse</i>	<i>22</i>
2.4.3. <i>Die Integrations-/Souveränitäts-Achse.....</i>	<i>23</i>
2.4.4. <i>Zwischenfazit der Operationalisierung</i>	<i>25</i>
3. CLEAVAGES IN DEN REDEBEITRÄGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	25
3.1. DATENÜBERBLICK ZU DEN REDEBEITRÄGEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	25
3.2. ERWARTUNGEN ZU CLEAVAGES IN DEN REDEBEITRÄGEN	26
3.3. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG DER REDEBEITRÄGE	27
3.4. ZWISCHENFAZIT ZU DEN REDEBEITRÄGEN	36
4. CLEAVAGES IN DEN RÜCKMELDUNGEN DES KONSULTATIONSVERFAHRENS DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION	38
4.1. DATENÜBERBLICK ZU DEN RÜCKMELDUNGEN DES KONSULTATIONSVERFAHRENS DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION	38
4.2. ERWARTUNGEN ZU DEN CLEAVAGES IN DEN RÜCKMELDUNGEN	38
4.3. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG DER RÜCKMELDUNGEN.....	39
4.4. ZWISCHENFAZIT ZU DEN RÜCKMELDUNGEN	46

5.	VERGLEICH DER CLEAVAGE UNTERSUCHUNGEN	48
5.1.	AUSWERTUNG DER CLEAVAGES IN DEN DISKURSEBENEN	49
5.2.	POLARISIERUNG DER KONFLIKTLINIEN	50
5.3.	VERGLEICH DER DISKURSEBENEN.....	51
6.	CONCLUSIO.....	53
7.	SCHLUSSBETRACHTUNG.....	54
8.	VERWENDETE PROGRAMME	57
9.	LITERATURVERZEICHNIS	57

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Überblick der Kodierung der politischen Konfliktlinien (Eigendarstellung durch den Autor)

Tabelle 2: Überblick der Redebeiträge nach Fraktionen (Eigendarstellung durch den Autor)

Tabelle 3: Verteilung der Statements aus den Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens (Eigendarstellung durch den Autor)

Tabelle 4: Übersicht der Statements auf den Konfliktlinien (Eigendarstellung durch den Autor)

Tabelle 5: Übersicht der Statements auf den Polen der Konfliktlinien (Eigendarstellung durch den Autor)

Abkürzungsverzeichnis

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
BVMN	Border Violence Monitoring Network
CASE	Coalition against SLAPPs in Europe
EKR	Europäische Konservative und Reformer
ENNHRI	European Network of National Human Rights Institutions
EU	Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
GAL	Green/Alternative/Libertarian
Grüne	Die Grünen/Europäische Freie Allianz
ID	Identität und Demokratie
LIBE-Ausschuss	Commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures
Linke	Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
Renew	Renew Europe
Rn	Randnummer
SLAPP	Strategic Lawsuits Against Public Participation
Stmt	Statement
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
TAN	Traditional/Authoritarian/Nationalist
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NGO	Non-Governments Organisation
NI	Fraktionslos
J&E	Justice and Enviromente

1. Einleitung

1.1. Problemdarstellung und Kontext (Sachverhalt)

In demokratischen Systemen sind die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit zentrale Voraussetzungen für öffentliche Kontrolle, informierte Teilhabe und pluralistische Debatten. Sie ermöglichen es, politische Macht zu hinterfragen, Missstände aufzuzeigen und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu beleuchten. Diese Freiheiten bilden eine fundamentale Grundlage für funktionierende demokratische Systeme und sind in den meisten Menschenrechtserklärungen festgeschrieben, beispielsweise in Artikel 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen, in Artikel 10 der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ oder in Artikel 11 der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“. Auch in den nationalen Verfassungen sind diese Freiheiten verankert. Bereits 1958 betonte das deutsche Bundesverfassungsgericht in einem Urteil die Relevanz der Meinungsfreiheit. „Für eine freiheitlich-demokratische Ordnung ist [die Meinungsfreiheit] schlechthin konstituierend [...]“ (BVerfG 1958, Rn. 31).

Als Wertegemeinschaft sieht sich die Europäische Union dem Schutz der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte verpflichtet. Ein zentrales Element demokratischer Systeme sind pluralistische und informierte Debatten. Für diese Debatten ist nicht nur der freie Zugang zu Informationen erforderlich, sondern es muss auch eine geschützte Öffentlichkeit gewährleistet sein, in der Kritik ohne Angst vor Repressionen möglich ist. In diesem Zusammenhang erfüllen Journalist:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger:innen eine fundamentale Wächterfunktion, indem sie Missstände aufdecken, Fehlverhalten benennen und öffentliche Diskurse initiieren oder begleiten (vgl. Europäische Kommission 2021, S. 1).

Doch genau diese demokratischen Grundvoraussetzungen geraten zunehmend unter Druck. Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen wie NGOs sehen sich immer häufiger mit juristischen Klagen konfrontiert, die weniger dem Rechtsschutz als der Einschüchterung dienen. Diese sogenannten „Strategic Lawsuits Against Public Participation“ (SLAPP) bedrohen die Meinungsfreiheit, die mediale Vielfalt und die demokratische Teilhabe in Europa. Bei diesen Klagen handelt es sich zumeist um zivilrechtliche Klagen wegen angeblicher Verleumdung oder anderer Delikte. Sie dienen in erster Linie dazu, Kritiker:innen durch lange und kostenintensive Verfahren zum Schweigen zu bringen: „The main purpose is to intimidate and ultimately silence the defendant by draining their resources, e.g. by filing high claims for damages or deliberately lengthening proceedings.“ (Europäische Kommission 2021, S. 1) Die Folge ist nicht nur die individuelle Einschüchterung

der Betroffenen, sondern auch ein „chilling process“ in der Gesellschaft, der andere Akteure präventiv zur Selbstzensur veranlassen kann.

Diese Klagen gefährden die Meinungs- und Pressefreiheit, da Journalist:innen und Kritiker:innen Angst bekommen, ihre Meinung zu veröffentlichen. Dadurch wird die Informationsfreiheit aller Bürger:innen gefährdet. Durch die Angst vor Klagen werden Missstände einflussreicher und vermögender Personen, Unternehmen und politischer Organe nicht hinterfragt und untersucht. Missstände, Korruption und politische Vorgänge bleiben aufgrund fehlender Untersuchungen verdeckt. Die Öffentlichkeit verliert den Zugang zu breiten Informationen, die beispielsweise Wahlentscheidungen beeinflussen würden (vgl. Deiss 2024). Im Zusammenhang mit einer Initiative zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen hat der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (LIBE-Ausschuss) eine Studie in Auftrag gegeben, die SLAPP-Klagen in Europa untersucht. Im Zeitraum vom 01. Januar 2022 bis zum 31. August 2023 wurden in dieser Studie 47 Fälle von SLAPP-Klagen mit 102 Beklagten ermittelt. Die Erkenntnisse der Studie sind jedoch mit einer Reihe von Einschränkungen verbunden. Die relevanteste Einschränkung betrifft die Anzahl der SLAPP-Klagen. Die 47 in der Studie genannten Fälle stellen nicht die tatsächliche Anzahl an SLAPP-Klagen dar. Kläger:innen versuchen, die Angelegenheiten ohne öffentliche Kontrolle zu klären, bevor Gerichte involviert werden. In der Studie können daher nur solche Fälle erwähnt werden, die öffentlich bekannt sind (vgl. Europäisches Parlament 2023b, S. 7f.). Die Organisation „The Coalition against SLAPPs in Europe“ (CASE) berichtet von 166 neuen SLAPP-Klagen im Jahr 2023 und identifiziert im Zeitraum von 2010 bis 2023 insgesamt 1049 SLAPP-Klagen in Europa (vgl. Coalition against SLAPPs in Europe 2024). Der wohl bekannteste Fall von SLAPP-Klagen betrifft die maltesische Enthüllungsjournalistin und Bloggerin Daphne Caruana Galizia. Sie berichtete über Korruption, Geldwäsche, organisierte Kriminalität und den Verkauf von Staatsbürgerschaftsrechten sowie die Verstrickungen der maltesischen Regierung in die Panama Papers. Zum Zeitpunkt ihrer Ermordung sah sie sich mit fast 50 Klagen konfrontiert, die darauf abzielten, sie an ihrer Arbeit zu hindern und zum Schweigen zu bringen (vgl. Föderales Institut für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte o.D.).

Um diesen bedrohlichen Entwicklungen entgegenzuwirken, initiierte die Europäische Kommission im Rahmen ihres „Aktionsplans für Demokratie in Europa“ ein Maßnahmenpaket „indem

- Freie und faire Wahlen gefördert werden
- Die Medienfreiheit gestärkt wird
- Gegen Desinformation vorgegangen wird“ (Europäische Kommission o.D.).

Im Rahmen dieses Aktionsplans stellte die Kommission im Jahr 2021 eine Initiative gegen missbräuchliche Klagen vor. Mit dieser Initiative soll das Ziel verfolgt werden, Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen in ihrer öffentlichen Rolle zu stärken und sie effektiv vor rechtlichen Einschüchterungsversuchen zu schützen. Die Initiative „EU-Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (SLAPP-Klagen)“ umfasst sowohl legislative Maßnahmen als auch nichtlegislative Elemente. In ihrer Initiative nennt die Kommission vier wichtige Kategorien für legislative Maßnahmen:

- (1) “ensuring that the procedural toolbox provides courts and tribunals and other legal professionals with effective means to deal with SLAPP and targets with the means to defend themselves;
- (2) building awareness and expertise among legal professionals and targets that will help them take action against SLAPP;
- (3) ensuring that support is available for those facing SLAPP; and
- (4) ensuring a more systematic monitoring of SLAPP.” (Europäische Kommission 2022, S. 16)

Das Ziel dieser Maßnahme besteht darin, legislative Instrumente zu schaffen, die gezielte Verfahrensgarantien gegen SLAPPs in grenzüberschreitenden Fällen bieten. Die genaue Anzahl grenzüberschreitender SLAPP-Klagen ist schwer festzustellen, da es unterschiedliche Definitionen hierfür gibt. Die erwähnte Studie, die im Auftrag des LIBE-Ausschusses erstellt wurde, befasst sich mit dieser Fragestellung und verwendet dabei drei Definitionen:

- Wenn nach den Zuständigkeitsregeln der Brüssel-Ia-Verordnung Gerichte mehrerer Mitgliedstaaten zuständig sein könnten, sind 91,4% der untersuchten Fälle grenzüberschreitend.
- Der Definitionsvorschlag der Kommission sieht drei Situationen vor: Wenn nicht beide Parteien im selben Mitgliedstaat wie das angerufene Gericht wohnen, sind 10% der Fälle grenzüberschreitend. Wenn die Angelegenheit für mehr als einen Mitgliedstaat von öffentlichem Interesse ist oder der Kläger bereits in einem anderen Mitgliedstaat ein Verfahren gegen denselben Beklagten angestrebt hat, sind 85% der Fälle grenzüberschreitend.
- Der Rat schlug hingegen vor, den Begriff „grenzüberschreitend“ vollständig zu streichen und sich stattdessen auf den Wohnsitz zu konzentrieren. Damit würden 10% der Fälle als grenzüberschreitend gelten (vgl. Europäisches Parlament 2023b, S. 46f.).

Die beschlossene Anti-SLAPP-Richtlinie (EU 2024/1069) legt eine relativ enge Definition fest. Eine Angelegenheit hat keinen grenzüberschreitenden Bezug, wenn beide Parteien ihren Wohnsitz im Mitgliedstaat des angerufenen Gerichts haben und sich alle anderen den Sachverhalt betreffenden Elemente ebenfalls in diesem Mitgliedstaat befinden (vgl. Amtsblatt der Europäischen Union 2024, S. 10 Art. 5).

Die legislativen Instrumente der Richtlinie beinhalten beispielsweise eine frühzeitige Abweisung der Klagen, die Übernahme der anfallenden Kosten und die Unterstützung der Opfer durch Dritte. Darüber hinaus ist es die Intention der Initiative, nicht-legislative Elemente umzusetzen, durch welche beteiligte Akteur:innen (z.B. Richter:innen, Anwält:innen) in dieser Thematik weitergebildet werden (vgl. Europäische Kommission 2021, S. 2). Diese nicht-legislativen Elemente sind in der Empfehlung (EU 2022/758) der Europäischen Kommission niedergeschrieben. In dieser Empfehlung definiert die Kommission weitere „[...] Maßnahmen, darunter Schulungen, Sensibilisierung, Unterstützung für die Betroffenen von missbräuchlichen Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung, Datenerhebung und die Berichterstattung über und Beobachtung von Gerichtsverfahren gegen öffentliche Beteiligung.“ (ebd., S.8) Um das allgemeine Verständnis der Öffentlichkeit für diese Thematik zu verbessern, möchte die Kommission die systematische Überwachung von SLAPP-Fällen ausbauen und neue Anlaufstellen einrichten. Dort können sich die Opfer dieser Klagen informieren, um eine effektive Verteidigung zu organisieren (vgl. Europäische Kommission 2022, S. 28f.).

Der Gesetzesvorschlag wurde am 27. Februar 2024 von einer starken Mehrheit im Europäischen Parlament angenommen und wenige Wochen später vom Europäischen Rat verabschiedet (Richtlinie (EU) 2024/1069). Zu den wichtigsten beschlossenen Maßnahmen gehören einerseits Verfahrensgarantien: Betroffene Personen können beim Gericht beantragen, dass offensichtlich unbegründete Klagen zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgewiesen werden (Art. 11). Die Beweislast dafür, dass die Klage begründet ist, liegt bei den Kläger:innen (Art. 12). Bei als missbräuchlich befundenen Verfahren kann das Gericht entscheiden, dass die Kläger:innen die vollen Prozesskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) sowie weitere entstandene Schäden zu tragen haben (Art. 14). Darüber hinaus kann das Gericht in solchen Fällen Sanktionen oder andere ebenso wirksame Maßnahmen (weitere finanzielle Strafen) gegen die klagende Partei verhängen (Art. 15). Andererseits müssen die Mitgliedstaaten eine zentrale Stelle einrichten, die Informationen über Verfahrensgarantien und Rechtsbehelfe bereitstellt, einschließlich finanzieller und psychologischer Unterstützung (Art. 6, 9). Die beschlossenen Maßnahmen können jedoch nur in grenzüberschreitenden Fällen innerhalb der

EU angewandt werden (vgl. Europäischer Rat 2024, Legislative Observatory 2024 und Amtsblatt der Europäischen Union 2024).

Die zunehmende Zahl strategischer Einschüchterungsklagen gegen Journalist:innen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen bedroht nicht nur individuelle Grundrechte, sondern verdeutlicht auch strukturelle Herausforderungen innerhalb der Architektur der EU, beispielsweise bei der Sicherung der allgemeinen Grundrechte. Die Reaktionen auf das Phänomen der SLAPP-Klagen und die daraus resultierende europäische Richtlinie verdeutlichen, dass es sich dabei nicht nur um ein juristisches, sondern auch um ein politisches Problem handelt. Es ist ein Problem, das tief in Fragen von Machtverhältnissen, Interessenkonflikten und normativen Prioritäten eingebettet ist. Der politische Diskurs über den Umgang mit SLAPPs berührt dabei grundlegende Werte- und Zielkonflikte innerhalb der EU, etwa zwischen der Sicherung von Grundfreiheiten (hier der Meinungs- und Pressefreiheit) auf der einen und wirtschaftlichen Interessen oder institutioneller Machterhaltung auf der anderen Seite.

1.2. Forschungsfrage und Relevanz

Angesichts des politischen Umgangs mit dem dargestellten Sachverhalt stellt sich die Frage, wie die Akteure innerhalb der EU die damit verbundenen Spannungsverhältnisse aushandeln. In politischen Diskursen verfolgen die beteiligten Akteure unterschiedliche Interessen, die sich in normativen Vorstellungen, Werteorientierungen und konkreten Positionen niederschlagen. Entlang dieser Auseinandersetzungen treten politische Konfliktlinien (Cleavages) zutage, die sich nicht nur im Kontext eines Rechtsakts, sondern im gesamten politischen Diskurs beobachten lassen. Vor diesem Hintergrund lautet die Forschungsfrage dieser Arbeit: *Welche politischen Konfliktlinien (Cleavages) prägen den Diskurs der europäischen „SLAPP-Initiative“?* Das Ziel besteht darin, einen Beitrag zum Verständnis zu leisten, wie sich politische Konfliktlinien der europäischen Politik in aktuellen Debatten widerspiegeln.

Zur Untersuchung der Cleavages in der EU wurde der Rechtsakt „EU-Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (SLAPP-Klagen)“ gewählt, da er einen Grundpfeiler der Demokratie (die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit) schützen soll. In der Forschung zur Cleavage-Theorie in der EU finden sich bereits Untersuchungen, die politische Konfliktlinien in unterschiedlichen europäischen Themenbereichen analysieren. Der Bereich der Grundfreiheiten wurde jedoch bislang nicht systematisch untersucht. Diese Arbeit schließt somit eine Forschungslücke. Darüber hinaus handelt es sich bei dem ausgewählten Rechtsakt, der erst 2024 verabschiedet

wurde, um ein hochaktuelles Beispiel. Dies ermöglicht es, die Analyse auf die gegenwärtigen Cleavages in der europäischen Politik zu beziehen und somit aktuelle Dynamiken sichtbar zu machen.

1.3. Aufbau und Struktur

Zur Beantwortung der Forschungsfrage ist die Arbeit wie folgt strukturiert. Im zweiten Kapitel wird das Forschungsdesign vorgestellt. Zunächst erfolgt eine ausführliche Darstellung des theoretischen Rahmens, in der die Ursprünge der Cleavage-Theorie nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) sowie ihre Weiterentwicklungen im Hinblick auf die EU erörtert werden. Im Anschluss folgt eine Zusammenfassung der Literatur, die zentrale Forschungsarbeiten zu politischen Konfliktlinien in der EU präsentiert und die Relevanz des Cleavage-Ansatzes für die Analyse aktueller europäischer Politik verdeutlicht. Aufbauend auf den theoretischen Überlegungen werden die Operationalisierung, die methodische Vorgehensweise sowie die zugrunde liegenden Daten erläutert.

Die empirische Analyse erstreckt sich über die Kapitel drei und vier. In diesen Kapiteln werden die zu untersuchenden Daten mit Blick auf die Frage, welche politischen Konfliktlinien sich darin abzeichnen, analysiert. Zur klaren Strukturierung ist dieser Abschnitt in zwei Teile getrennt, indem die unterschiedlichen Datenquellen in eigenen Kapiteln behandelt werden. Zunächst werden die Redebeiträge der MdEP und anschließend die Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission jeweils in eigenen Kapiteln auf die politischen Konfliktlinien hin untersucht.

In Kapitel fünf werden die Ergebnisse beider Untersuchungsteile systematisch gegenübergestellt und miteinander verglichen. Anschließend folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, anhand derer die Forschungsfrage ausführlich beantwortet wird. Im letzten Kapitel der Arbeit erfolgt eine Schlussbetrachtung, in der die Ergebnisse in den aktuellen Forschungsstand eingeordnet werden. Abschließend werden die Grenzen der Untersuchung reflektiert und mögliche Ansätze für zukünftige Forschung aufgezeigt.

2. Forschungsdesign

2.1. Theoretischer Rahmen

2.1.1. Die Ursprünge der Cleavage-Theorie: Lipset und Rokkan (1967)

Die Cleavage-Theorie ist ein zentraler analytischer Ansatz der vergleichenden Politikwissenschaft. Mit ihrer Hilfe lassen sich die Entstehung, Stabilität und Struktur von

Parteisystemen in demokratischen Staaten erklären. Sie wurde von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan im Jahr 1967 entwickelt und in ihrem einleitenden Beitrag „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction“ im Sammelband „Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives“ vorgestellt. Ziel der Theorie ist es, die Entstehung und Struktur von Parteiensystemen in Europa historisch und soziologisch zu erklären. Die Theorie geht davon aus, dass politische Parteien nicht willkürlich entstehen, sondern als Repräsentation tiefgreifender gesellschaftlicher Konflikte, sogenannter Cleavages (zu Deutsch: politische Konflikt- oder Spaltungslinien), entstehen. Diese gesellschaftlichen Konflikte führen zu dauerhaften politischen Spaltungslinien, entlang derer sich u.a. politische Parteien, Wählergruppen und Institutionen formieren.

In ihrer Theorieentwicklung gehen die Autoren davon aus, dass Parteiensysteme durch historische Konflikte geprägt sind, die sich im Zuge zweier Revolutionen herausgebildet haben: der nationalen Revolution und der industriellen Revolution. Lipset und Rokkan identifizieren vier historisch bedeutsame Konfliktlinien, die die Entstehung moderner Parteiensysteme in Westeuropa geprägt haben: Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche, Stadt vs. Land sowie Kapital vs. Arbeit. „Two of these cleavages are direct products of what we might call the National Revolution [...]. Two of them are products of the Industrial Revolution [...].“ (Lipset und Rokkan 1967, S. 14)

Diese Spaltungslinien haben sich, wie bereits in Kürze dargestellt, historisch entwickelt und zeichnen sich durch drei Merkmale aus: (1) eine gesellschaftliche Strukturkonfliktlinie, (2) ihre politische Artikulation durch kollektive Akteure (vgl. ebd., S. 6) und (3) ihre institutionelle Verankerung im Parteiensystem (vgl. ebd., S. 50). Sie wirken über Generationen hinweg und erklären die langfristige Stabilität politischer Orientierungen. Die Autoren schreiben: „the party system of the 1960s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structure of the 1920s“ (ebd., S. 50).

Mit der Europäischen Integration und der Herausbildung eines eigenständigen politischen Systems auf supranationaler Ebene stellt sich die Frage, inwieweit die nationalstaatlich geprägten Cleavages nach Lipset und Rokkan auf die EU übertragbar und anwendbar sind. Ursprünglich war diese Theorie auf homogene Nationalstaaten mit klaren Gesellschaftsstrukturen und historisch entwickelten Konfliktlinien zugeschnitten. Die EU weist jedoch eine höhere institutionelle Komplexität und kulturelle Vielfalt auf (vgl. Thomassen und Bäck 2009, S. 185). Laut Thomassen und Bäck (2009) sowie Scharpf (1999) besitzt die EU aufgrund ihrer historischen, sprachlichen, ethnischen und institutionellen Diversität, die durch den Zusammenschluss unterschiedlich geprägter Gesellschaften der Nationalstaaten bedingt ist,

keine „thick collective identity“ (vgl. ebd.; vgl. Scharpf 1999, S. 9). Zudem fehlt der EU ein gemeinsamer sozialer Raum, innerhalb dessen sich dauerhafte parteipolitische Loyalitäten oder stabile Konfliktlinien analog zur nationalstaatlichen Ebene entwickeln könnten. Die politischen Auseinandersetzungen verlaufen daher weniger entlang historisch geprägter gesellschaftlicher Spaltungen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Anpassung bzw. Weiterentwicklung der klassischen Cleavage-Theorie nach Lipset und Rokkan erforderlich, um die Besonderheiten der EU berücksichtigen zu können. Diese Weiterentwicklungen der Cleavage-Theorie im EU-Rahmen werden im weiteren Theorieteil dargestellt.

2.1.2. Cleavages in der Europäischen Union: Hix und Lord (1997)

Simon Hix und Christopher Lord (1997) setzen sich in ihrem Buch „Political parties in the European Union“ im Kapitel „Shape of the EU Party System“ mit der Frage auseinander, wie sich politische Konfliktlinien auf europäischer Ebene entwickeln. In den Ergebnissen ihrer Untersuchung stellen die Autoren fest, dass sich die europäischen Parteifamilien bemühen, ihre Positionen vorrangig an jenen politischen Konfliktlinien auszurichten, die ihre Ideologie definieren, und die Interessen der sozialen Gruppen zu betonen, aus denen sie ursprünglich hervorgegangen sind (vgl. Hix und Lord 1997, S. 25). Dies drückt sich jedoch nicht entlang der klassischen Cleavages aus. Stattdessen identifizieren die Autoren zwei zentrale politische Konfliktlinien.

Die Autoren identifizieren die Links/Rechts-Achse als das am stärksten vertretene Cleavage in der EU. Auch im Kontext des Europäischen Parlaments bleibt diese ideologische Konfliktlinie ein zentrales Strukturmerkmal des politischen Diskurses. Hix und Lord betonen diese Konfliktlinie und beschreiben sie als Vereinfachung der vielfältigen Konfliktlinien auf supranationaler Ebene. Im Kontext des Europäischen Parlaments ist diese Konfliktlinie jedoch keine universelle Konzeption, da Parteien zu verschiedenen Themenbereichen unterschiedliche Positionen auf der Links-Rechts-Dichotomie einnehmen. Das bedeutet, dass Parteien nicht zu allen Themenbereichen die gleiche Position auf der Konfliktlinie belegen, sondern je nach Themenbereich unterschiedliche Positionen entlang der Konfliktlinie vertreten. Die Autoren nennen das Thema Wirtschaft (Steuern und Beschäftigung) als Beispiel. Hier befinden sich Sozialist:innen und Christdemokrat:innen im linken und Liberale sowie Konservative im rechten Spektrum der Konfliktlinie. Bei soziopolitischen Themen (Abtreibungsrecht) befinden sich hingegen Sozialist:innen und Liberale links und Christdemokrat:innen und Konservative rechts (ebd., S. 25f.).

Diese politische Konfliktlinie ist Hix und Lord (1997) zufolge am relevantesten für den Diskurs in der EU. Es gibt jedoch eine weitere thematische Konfliktlinie, die sich nicht auf der Links/Rechts-Achse einordnen lässt. Sie betrifft die Unterstützung der Europäischen Integration, das Ausmaß und die Legitimität einer weiteren Europäischen Integration sowie die entgegenstehenden Interessen. Diese Integrations-/Souveränitäts-Achse differenziert politische Akteure nach ihrer Position gegenüber dem Integrationsprozess: Auf der einen Seite stehen Akteure, die für eine Vertiefung europäischer Entscheidungsstrukturen eintreten und ein stärkeres Mandat für EU-Institutionen befürworten. Auf der anderen Seite befinden sich integrationsskeptische bis -ablehnende Kräfte, die Souveränitätsverluste der Nationalstaaten befürchten und eine Rückverlagerung politischer Kompetenzen auf die nationalstaatliche Ebene fordern (vgl. ebd., S. 26f.).

Aus dieser theoretischen Perspektive ergibt sich für politische Parteien im System der EU ein strategisches Umfeld, das sich entlang zweier fundamentaler Dimensionen entfaltet. Erstens gibt es die Links/Rechts-Achse, die eine abstrakte Zusammenfassung von sozioökonomischen und politischen Cleavages darstellt. Zweitens gibt es die Integrations-/Souveränitäts-Achse, die den Konflikt über das Ausmaß bzw. über das Mehr oder Weniger europäischer Integration behandelt. Diese Konfliktlinie gewinnt insbesondere bei Themen an Bedeutung, bei denen nationale Souveränitätsansprüche und supranationale Entscheidungen in Spannung zueinanderstehen. Die Autoren betonen die dominierende Rolle der Links/Rechts-Achse im politischen Alltag, da sie trotz ihrer themenspezifischen Varianz als Hauptspaltungslinie im politischen Diskurs der EU dient und insbesondere für die großen etablierten Parteifamilien ideologisch identitätsstiftend bleibt (ebd.).

2.1.3. Die postfunktionalistische Cleavage-Theorie: Hooghe und Marks (2009)

Im Rahmen ihres postfunktionalistischen Theorieansatzes entwickeln Liesbet Hooghe und Gary Marks (2009) in ihrem Artikel „A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus“ eine neue Perspektive auf politische Konfliktlinien in der EU, die über klassische ökonomische Erklärungsmodelle hinausgeht. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die zunehmende Politisierung der Europäischen Integration, die sich insbesondere seit dem Vertrag von Maastricht (1991) in nationaler Parteienkonkurrenz, Wahlen und Referenden manifestiert (vgl. Hooghe und Marks 2009, S. 7). In ihrem Artikel kritisieren die Autor:innen die klassischen Integrationstheorien des Neofunktionalismus und des Intergouvernementalismus, die vorwiegend funktionale und ökonomische Interessen als Triebkraft europäischer Integration betonen. Hooghe und Marks

verorten die Ursache politischer Auseinandersetzungen hingegen in der Mobilisierung von Identität. Für die Europäische Integration ist die nationale Identität relevant: Es ist von Bedeutung, ob sich die Bevölkerung als Europäer:innen, als Europäer:innen und Nationalbürger:innen oder ausschließlich als Bürger:innen ihres Staates identifiziert (vgl. ebd. S. 12, S. 17).

Zur theoretischen Erfassung dieses identitätsbezogenen Konflikts schlagen sie die GAL/TAN-Achse als zentrales politisches Cleavage vor.

- GAL – Green/Alternative/Libertarian
- TAN – Traditional/Authoritarian/Nationalist

GAL umfasst dabei Positionen, die auf kosmopolitische Offenheit, individuelle Freiheitsrechte, Multikulturalismus und eine positive Bezugnahme auf die Europäische Integration abzielen. GAL-orientierte Akteure befürworten in der Regel die Übertragung politischer Entscheidungsbefugnisse auf die europäische Ebene, setzen sich für Minderheitsrechte und Immigration ein und befürworten eine pluralistische Gesellschaftsordnung. Hooghe und Marks beschreiben dies beispielsweise anhand grüner Parteien in Europa: „Green Parties have come to consider a part of their project for a multi-cultural European society [...]“ (ebd., S. 17)

Demgegenüber steht der TAN-Flügel, der Positionen vertritt, die nationale Souveränität, kulturelle Homogenität, traditionelle Werte und eine restriktive Haltung gegenüber Migration betonen. TAN-orientierte Akteure sehen die EU häufig als Bedrohung für die nationale Identität und lehnen daher die Europäische Integration ab, da sie der Ansicht sind, dass diese die nationale Souveränität schwächt und fremde Ideen in das eigene Land einführt (vgl. ebd.). Hooghe und Marks beschreiben dies wie folgt: „Tan parties [...] reject European integration because they believe it weakens national sovereignty, diffuses self-rule and introduces foreign ideas.“ (ebd.)

In ihrer Untersuchung von Parteipositionen erwarteten die Autor:innen zunächst, die Links/Rechts-Achse zu bestätigen, stellten jedoch fest, dass diese nicht hinreichend ist, um aktuelle politische Dynamiken zu erklären. Daher haben sie die neue GAL/TAN-Achse gebildet. In Zentral- und Osteuropa verstärken sich die beiden Konfliktlinien und verlaufen parallel zueinander, während sie sich in Westeuropa kreuzen (vgl. ebd., S. 18). Auch die Integrations-/Souveränitäts-Achse verwerfen Hooghe und Marks nicht. Wie bei den GAL- und TAN-Positionen gezeigt wurde, werden die Positionen der Integrations-/Souveränitäts-Achse auch auf der GAL/TAN-Achse vertreten. Mit ihrer Spaltungslinie vertiefen Hooghe und Marks die Konfliktlinie von Hix und Lord. Entlang dieser Konfliktlinie beeinflussen nicht nur

wirtschaftliche, sondern zunehmend kulturelle und identitäre Motive die Positionen (vgl. ebd., S. 13).

Insgesamt leistet der postfunktionalistische Ansatz der Autor:innen somit einen zentralen Beitrag zur Weiterentwicklung der Cleavage-Theorie auf europäischer Ebene. Er macht deutlich, dass die politischen Auseinandersetzungen in der EU nicht allein entlang ökonomischer Interessen strukturiert sind, sondern zunehmend auch entlang kulturell-identitärer Wertekonflikte, wie sie durch die GAL/TAN-Achse abgebildet werden.

2.1.4. Theoretisches Zwischenfazit

Die theoretische Grundlage dieser Arbeit, die Cleavage-Theorie nach Lipset und Rokkan (1967), ist in ihrer ursprünglichen Form eine starre Theorie, die primär auf Nationalstaaten anwendbar ist. Sie setzt strukturelle Voraussetzungen wie eine homogene Gesellschaft und eine gemeinsame Öffentlichkeit voraus. Nur unter diesen Bedingungen können sich stabile politische Konfliktlinien herausbilden. Da diese Arbeit jedoch politische Konfliktlinien in der EU untersucht, ist eine Anwendung der Basistheorie aufgrund der genannten Einschränkungen nicht ohne Weiteres möglich. Daher bedarf es der genannten Weiterentwicklungen der Cleavage-Theorie.

Die theoretischen Grundlagen dieser Arbeit zeigen deutlich, dass der von Lipset und Rokkan (1967) entwickelte klassische Cleavage-Ansatz in seiner ursprünglichen Form nicht ohne Weiteres auf das politische System der EU übertragbar ist. Auf der europäischen Ebene fehlen die strukturellen Voraussetzungen für dauerhaft politische Konfliktlinien, wie eine homogene Gesellschaft und eine gemeinsame Öffentlichkeit, weitgehend. Dennoch bleibt die Auseinandersetzung entlang dieser Spaltungslinien auch für die EU relevant.

Hix und Lord (1997) leisten einen wichtigen Beitrag zur Anpassung der Cleavage-Theorie an die EU. Sie identifizieren zwei maßgebliche Konfliktlinien im EU-Kontext: die Links/Rechts-Achse und die Integrations-/Souveränitäts-Achse. Hooghe und Marks (2009) entwickeln diesen Ansatz weiter, indem sie auf EU-Ebene die GAL/TAN-Achse als Spaltungslinie identifizieren. Sie verwerfen die anderen Konfliktlinien nicht, betonen jedoch, dass diese die Identitätsfrage außer Acht lassen.

Die erweiterte Cleavage-Theorie erweist sich somit als ein geeignetes analytisches Instrument zur Untersuchung politischer Konfliktlinien auf der EU-Ebene. Im Rahmen dieser Arbeit werden die theoretisch identifizierten Cleavages auf den Diskurs um den Rechtsakt zur SLAPP-Initiative angewendet, um zu analysieren, welche Spaltungslinien die politische Auseinandersetzung prägen. Zur Untersuchung der SLAPP-Initiative der Europäischen

Kommission wurde in dieser Arbeit die Cleavage-Theorie herangezogen. Am Beispiel dieses Politikfeldes wird exemplarisch aufgezeigt, wie neue normative und wertebasierte Konflikte im europäischen Mehrebenensystem verlaufen. SLAPP-Klagen betreffen Freiheitsrechte wie die Meinungs- und Pressefreiheit und berühren somit zentrale Spannungsfelder zwischen individuellen Freiheitsrechten, wirtschaftlicher Macht und staatlicher Regulierung. Im Sinne der Cleavage-Theorie lassen sich diese Spannungen als Ausdruck tieferliegender Konfliktlinien verstehen, die politisch artikuliert und institutionell verhandelt werden. Die SLAPP-Initiative stellt somit ein geeignetes Fallbeispiel dar, um zu untersuchen, wie sich die dargestellten Konfliktlinien in einem normativen Politikfeld manifestieren.

2.2. Stand der Forschung

Die zentralen wissenschaftlichen Werke für diese Arbeit sind diejenigen, die ihre theoretische Grundlage bilden. Dazu zählen „Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction“ von Lipset und Rokkan (1967), das als Ausgangspunkt der Cleavage-Theorie gilt, „Shape of the EU Party System“ von Hix und Lord (1997) sowie „A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus“ von Hooghe und Marks (2009). In diesen Werken diskutieren die Autor:innen eine Weiterentwicklung der Cleavage-Theorie auf EU-Ebene. Diese Werke wurden im Abschnitt des theoretischen Rahmens bereits ausführlich dargestellt.

Für die vorliegende Untersuchung ist es darüber hinaus lohnenswert, auch jene Arbeiten zu berücksichtigen, die die Cleavage-Theorie bereits empirisch auf konkrete Politikfelder der EU angewendet haben. Hierzu zählen u.a. Max Heermann (2023), Tanja Anita Börzel und Miriam Hartlapp (2022) sowie Simon Hix, Abdul Noury und Gérard Roland (2006). Sie untersuchen die politische Konfliktlinien im Europäischen Parlament am Beispiel der Internet- bzw. Antidiskriminierungspolitik. Diese Arbeiten werden im Folgenden als Beispiele der Cleavage-Forschung in der EU vorgestellt.

Hix, Noury und Roland (2006) führen in ihrem Artikel „Dimensions of Politics in the European Parliament“ eine Untersuchung zu den politischen Konfliktlinien im Europäischen Parlament zwischen 1979 und 2001 durch. Sie identifizieren zwei dominante Dimensionen: eine stabile Links/Rechts-Achse, die über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg dominant ist, sowie eine zweite, weniger konstante Konfliktlinie zwischen pro- und anti-europäischen Positionen. „The main dimension [...] is the classic left-right dimension of democratic politics. [...] There is a second, but considerably less salient and less stable, dimension [...] pro- and anti-European integration positions of political parties.“ (Hix, Noury und Roland 2006, S. 509)

Die Autoren zeigen, dass das Abstimmungsverhalten im Parlament in erster Linie durch klassische sozioökonomische Parteipositionen geprägt ist, wie sie aus der nationalstaatlichen Politik bekannt sind. Die zweite Dimension umfasst die Haltung zur Europäischen Integration (Integrations-/Souveränitäts-Achse). Die Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Cleavage-Forschung auf europäischer Ebene, indem sie die Cleavages nach Hix und Lord (1997) dokumentiert (vgl. ebd.).

Börzel und Hartlapp (2022) untersuchen in ihrem Beitrag „Eurosceptic Contestation and Legislative Behavior in the European Parliament“ das Abstimmungsverhalten euroskeptischer Abgeordneter im Europäischen Parlament zwischen 2009 und 2019 und analysieren die Rolle von Cleavages entlang der GAL/TAN-Achse und der Links/Rechts-Achse in verschiedenen Politikfeldern. Ihre empirische Analyse von Roll-Call-Votes und Plenardebatten zeigt, dass die Polarisierung zwischen euroskeptischen und pro-europäischen Abgeordneten in kulturell aufgeladenen Politikfeldern wie Antidiskriminierung und Genderfragen besonders stark ausfällt. In wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zeigt sich hingegen eine geringe Kohärenz innerhalb der euroskeptischen Gruppen, was auf konkurrierende nationale Interessen und ideologische Heterogenität zurückzuführen ist. Die Autorinnen argumentieren, dass die politische Wirkung des Euroskeptizismus durch innere Spannungen begrenzt ist. Gleichwohl könne sich in bestimmten Themenfeldern eine stabile Oppositionsstrategie entlang der GAL/TAN-Achse etablieren. Die Studie zeigt somit auf, wie sich politische Konflikte im Europäischen Parlament zunehmend entlang neuer kultureller Konfliktlinien strukturieren (vgl. Börzel und Hartlapp 2022).

Heermann (2023) analysiert in seinem Artikel „Civil liberties or economic freedom?“ die politischen Konfliktlinien im Bereich der EU-Internetpolitik auf Basis von Roll-Call-Votes im Europäischen Parlament zwischen 1999 und 2014 und argumentiert, dass die Internetregulierung nicht nur ökonomische Interessen betrifft, sondern ebenso grundlegende Freiheitsrechte berührt und daher durch mehrere politische Konfliktlinien strukturiert wird. Empirisch zeigt er, dass sich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten vorwiegend entlang einer soziokulturellen Dimension, im Sinne eines GAL/TAN-Cleavages, ordnet. Eine zweite Dimension betrifft das Verhältnis zur Europäischen Integration.

„Scaling [Roll-Call-Votes] shows that party competition over Internet policy is best captured by a socio-cultural liberal-authoritarian dimension. A second dimension reflecting parties’ position towards European integration is less important for the correct classification of votes. It nevertheless indicates that the Internet – despite its global nature – is not immune from conflicts over the appropriate level of rule-setting in the EU’s multi-level system.” (Heermann 2023, S. 1390f.)

Dies belegt die Dominanz der sozio-kulturellen Konfliktlinie in den analysierten Fallstudien, in denen Bürger:innenrechte (bspw. Datenschutz, Meinungsfreiheit) zentrale Bezugspunkte der politischen Auseinandersetzung darstellen. Somit belegt Heermanns Studie die Relevanz der GAL/TAN-Achse für die europäische Digitalpolitik (vgl. ebd.).

Die dargestellten Studien verdeutlichen die empirische Relevanz der Cleavage-Theorie für die Analyse politischer Auseinandersetzungen auf EU-Ebene. Sie zeigen, dass sich zentrale Konfliktlinien wie kulturell-gesellschaftliche (GAL/TAN), integrationsbezogene Gegensätze und sozioökonomische Interessen nicht nur theoretisch erfassen lassen, sondern sich auch konkret in den politischen Prozessen der europäischen Institutionen widerspiegeln. Damit unterstreichen sie den analytischen Mehrwert des Cleavage-Ansatzes für die Untersuchung des politischen Raums der EU.

2.3. Methodik und Daten

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird in dieser Arbeit die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2015) angewendet. Der Fokus liegt dabei auf relevanten Dokumenten, die im Rahmen des politischen Diskurses zur vorgeschlagenen EU-Richtlinie gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren (SLAPP-Klagen) entstanden sind. Die methodische Vorgehensweise orientiert sich an dem qualitativen Teil der Untersuchung von Heermann (2023), in der eine dokumentenbasierte Analyse politischer Konfliktlinien im Europäischen Parlament durchgeführt wird. Das Ziel besteht darin, durch eine systematische Analyse ausgewählter Quellen politische Konfliktlinien im Zusammenhang mit dem untersuchten Rechtsakt herauszuarbeiten.

Für die empirische Analyse werden zwei unterschiedliche Dokumententypen berücksichtigt. Einerseits werden Redebeiträge von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) herangezogen, die sie im Rahmen der Plenardebatte am 10. Juli 2023 zum Rechtsakt geäußert und die im offiziellen Protokoll des Europäischen Parlaments dokumentiert wurden. Andererseits werden Stellungnahmen aus dem öffentlichen Konsultationsprozess der Europäischen Kommission analysiert. Dieser fand in zwei Phasen statt: vom 04. Oktober bis zum 01. November 2021 sowie vom 29. April bis zum 29. Juni 2022.

Der Datenkorpus umfasst 29 Reden von Abgeordneten und 32 Rückmeldungen aus dem Konsultationsverfahren. In die inhaltliche Analyse fließen jedoch lediglich die Rückmeldungen von Organisationen oder Verbänden (hauptsächlich NGOs) ein. Rückmeldungen von Einzelpersonen (EU-Bürger:innen), die nicht im Namen einer Organisation sprechen, bleiben

unberücksichtigt. Dadurch reduziert sich die Anzahl der analysierten Konsultationsbeiträge auf 13.

Diese Einschränkung beruht auf mehreren methodischen Erwägungen. Beiträge von Privatpersonen weisen häufig eine geringe analytische Tiefe auf, sind inhaltlich schwer vergleichbar und lassen sich kaum systematisch kategorisieren. Darüber hinaus fehlt ihnen die institutionelle Repräsentativität, die für die Analyse politischer Konfliktlinien im Sinne der Cleavage-Theorie von zentraler Bedeutung ist. Aus diesen Gründen werden Beiträge von Einzelpersonen in dieser Arbeit nicht thematisiert.

Die Einbeziehung dieser Rückmeldungen ermöglicht im Gegensatz zu anderen Forschungsbeiträgen nicht nur die Analyse des Diskurses der MdEP im Europäischen Parlament, sondern auch eine breitere Untersuchung unter Einbeziehung von Beiträgen aus der Zivilgesellschaft.

2.4. Operationalisierung

Zur Beantwortung der Forschungsfrage, welche politischen Konfliktlinien den Diskurs zur SLAPP-Initiative der Europäischen Kommission prägen, ist eine klare Operationalisierung der theoretischen Kategorien erforderlich. Grundlage hierfür sind die Weiterentwicklungen der Cleavage-Theorie in der EU nach Hix und Lord (1997) und Hooghe und Marks (2009). Darüber hinaus werden die Forschungsbeiträge von Heermann (2023), Börzel und Hartlapp (2022) sowie Hix, Noury und Roland (2006) herangezogen, die für ihre Forschung ebenfalls Operationalisierungen zur Theorie erarbeitet haben. Die Operationalisierung erfolgt entlang der drei politischen Konfliktlinien, die in dieser Arbeit untersucht werden: der soziokulturellen GAL/TAN-Achse, der Links/Rechts-Achse und der Integrations-/Souveränitäts-Achse.

Die Untersuchung erfolgt mittels einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Das Datenmaterial (die Redebeiträge der MdEP und die Rückmeldungen der NGOs auf den Konsultationsprozess zur Initiative) wird auf die drei politischen Konfliktlinien untersucht, die deduktiv aus der Theorie abgeleitet wurden (vgl. Mayring 2015, S. 96ff.). Ein deduktives Vorgehen ist in dieser Arbeit sinnvoll, da die Untersuchung auf der theoretischen Grundlage der Cleavage-Theorie beruht. Diese konzeptualisiert die relevanten politischen Konfliktlinien, sodass eine systematische Analyse des empirischen Materials entlang dieser theoretisch vorgegebenen Kategorien möglich ist. Zur Auswertung der Daten werden zunächst Einzelaussagen (Statements) als kleinste Analyseeinheit identifiziert. Ein Statement umfasst jeweils eine kohärente inhaltlich relevante Argumentationseinheit und kann aus einem einzelnen Satz oder mehreren Sätzen bestehen, die zusammen einen Argumentationsstrang

bilden. Aussagen, die keinen Bezug zur Forschungsfrage haben und damit inhaltlich für die Untersuchung nicht relevant sind werden nicht kodiert. Jedes Statement wird einzeln untersucht, um festzustellen, ob es eindeutig einer der drei Kategorien zugeordnet werden kann. Ein Statement kann mehreren Kategorien zugeordnet werden. Die Zuordnung (Kodierung) erfolgt nach inhaltlichen Kriterien, die im Folgenden erläutert werden.

2.4.1. Die Links/Rechts-Achse

Die Links/Rechts-Achse bildet traditionell die wichtigste Konfliktlinie im politischen Diskurs. Hix und Lord (1997) betonen, dass die ideologische Links-Rechts-Orientierung im Europäischen Parlament zwar schwächer ausgeprägt ist als in nationalen Parlamenten, aber dennoch von Bedeutung bleibt. Auch Hix, Noury und Roland (2006) zeigen in ihrer umfassenden Analyse, dass die „[...] main dimension of politics in the European Parliament [...] is the classic left-right dimension of democratic politics.“ (Hix, Noury und Roland 2006, S. 495) Sie betonen in ihren Ergebnissen die dominante Rolle der Links/Rechts-Achse (vgl. ebd., S. 502, S. 509). Typischerweise stehen linke Positionen für Regulierung, Umverteilung, den Schutz Schwächerer und den Ausbau sozialer Rechte, während rechte Positionen für Marktöffnung, Deregulierung, Eigentumsschutz und eine marktorientierte Politik stehen. Die Erhaltung des Status quo wird dabei dem rechten Spektrum zugeordnet, während dem linken Spektrum Veränderung, insbesondere der Abbau sozialer Ungerechtigkeit, zugeordnet wird. „Die Befürwortung von Staatseingriffen (Links) wird traditionell der Forderung nach unbeschränkter Marktwirtschaft, unternehmerischer Freiheit und Eigenverantwortung gegenübergestellt (Rechts).“ (Trüdinger und Bollo 2011, S. 401) Heermann (2023) bestätigt diese Linie am Beispiel der Internetpolitik: Liberale und linke Abgeordnete setzen sich für den Schutz von Bürger:innenrechten (Persönlichkeits-, Datenschutzrechte und Meinungsfreiheit) ein, während konservative Kräfte die ökonomischen Interessen hervorheben (vgl. Heermann 2023, S. 1385ff.).

2.4.2. Die GAL/TAN-Achse

Auf der GAL/TAN-Achse nach Hooghe und Marks (2009) betonen Vertreter:innen der GAL-Positionen Freiheitsrechte, Pluralismus, Bürger:innenbeteiligung, Minderheitsrechte und Migration. Vertreter:innen der TAN-Positionen fokussieren sich dagegen stärker auf Sicherheit, Ordnung und nationale Werte und vertreten eine restriktive Haltung zum Thema Immigration. Hooghe und Marks argumentieren, dass auf dieser Konfliktlinie Identitätsfragen diskutiert

werden, die die Konfliktstruktur der europäischen Politik zunehmend bestimmen. Durch die (nationale) Identitätsfrage wird auf dieser Konfliktlinie auch die europäische Integration diskutiert. TAN-Parteien lehnen die Europäische Integration ab, da sie die nationale Identität gefährdet, GAL-Parteien befürworten Europäische Integration. Der Zusammenhang zwischen diesen Positionen ist jedoch weniger stark als bei den TAN-Parteien (vgl. Hooghe und Marks 2009, S. 17). Heermann (2023) fokussiert sich in seiner Analyse auf die GAL/TAN-Achse. Seine Untersuchung zeigt, dass GAL-Positionen wirtschaftliche Innovation und TAN-Positionen die Notwendigkeit eines offenen und diskriminierungsfreien Internets hervorheben (vgl. Heermann 2023). Börzel und Hartlapp (2022) beschreiben die Konfliktlinie als „integrationist vs. demarcationist“ (Integrationist vs. Abgrenzer) oder „cosmopolitan vs. communitarian“ (Kosmopolitisch vs. Kommunalistisch) (Börzel und Hartlapp 2022, S. 100).

2.4.3. Die Integrations-/Souveränitäts-Achse

Neben den sozioökonomischen und kulturellen Dimensionen heben Hix und Lord (1997) die Integrations-/Souveränitäts-Achse als weitere zentrale Konfliktlinie hervor. Sie verläuft zwischen integrationsfreundlichen Kräften, die supranationale Lösungen befürworten, und souveränitätsorientierten Akteuren, die die Entscheidungsautonomie des Nationalstaats bevorzugen (vgl. Hix und Lord 1997, S. 26). Hooghe und Marks betonen ihre GAL/TAN-Achse, gehen aber auch auf die Thematik der Europäischen Integration ein. Sie betonen die Rolle der Identität bei der Europäischen Integration: euroskeptische Akteure befürchten eine Bedrohung der nationalen Selbstbestimmung und eine Schwächung der nationalen Identität durch fremde Ideen und Menschen. Integrationsfreundliche Akteure befürworten eine europäische Identität und europäische Regelungen als Garant für eine positive Zukunft der EU mit einer multikulturellen Identität (vgl. Hooghe und Marks 2009, S. 17). Hix, Noury und Ronald (2006) zeigen in ihrer Untersuchung, dass diese Konfliktlinie als zweite Dimension im Europäischen Parlament zwar schwächer ausgeprägt ist als die Links/Rechts-Achse, aber insbesondere Fragen zur Europäischen Integration maßgeblich strukturiert (vgl. Hix, Noury und Ronald 2006, S. 507, S. 509).

Cleavage-Dimension	Dimension/ Kategorie	Indikatoren/ Schlagwörter
Links-Rechts	Links	Stärkung von Individuen gegen ökonomisch Mächtige, strenge Regulierung, Schutz von Arbeitnehmern, Schutz öffentlicher Güter und sozialer Interessen
	Rechts	Wirtschaftliche Freiheit, Schutz des Eigentumsrechts, Vermeidung übermäßiger Regulierung, Priorisierung von Wettbewerb und Unternehmertum
GAL-TAN	GAL (Green, Alternative, Liberal)	Schutz individueller Freiheiten (bspw. Meinungsfreiheit, Grundrechte), Pluralismus, Offenheit, Transparenz
	TAN (Traditional, Authoritarian, Nationalist)	Schutz etablierter (staatlicher/ unternehmerischer) Autoritäten, Betonung von Ordnung, Stabilität, nationale Souveränität und Werte
Integration-Souveränität	Pro-Integration	Forderung nach supranationalen Standards, Betonung einer EU-weiten Lösung, Harmonisierung auf EU-Ebene
	Pro-Souveränität	Vorrang nationaler Gesetzgebung, Kritik an Kompetenzübertragung an die EU, Betonung des Subsidiaritätsprinzips (i.S.v. Betonung der nationalen Ebene)

Tabelle 1: Überblick der Kodierung der politischen Konfliktlinien

2.4.4. Zwischenfazit der Operationalisierung

Die dargestellte Operationalisierung dieser Arbeit zeigt, wie die drei Konfliktlinien als Analyseraster für die Kodierung der Aussagen aus der Plenardebatte und den Konsultationsrückmeldungen dienen. Aus den zu untersuchenden Dokumenten werden zunächst Statements gebildet, die anschließend auf einen eindeutigen Bezug zu den drei Konfliktlinien hin untersucht werden. Während die Links/Rechts-Achse ökonomische Konflikte zwischen Regulierung und Marktfreiheit abbildet, spiegelt die GAL/TAN-Achse eine kulturelle Auseinandersetzung wider. Die Integrations-/Souveränitäts-Achse gibt schließlich Aufschluss darüber, inwiefern Akteure europäische oder nationale Regelungskompetenzen betonen. In Tabelle 1 ist ein Schaubild zur Untersuchung der Konfliktlinien dargestellt. Die gewonnenen Kodierungen erlauben eine systematische Analyse und Schlussfolgerung zur Forschungsfrage, welche Konfliktlinien den Diskurs der SLAPP-Initiative prägen.

3. Cleavages in den Redebeiträgen im Europäischen Parlament

3.1. Datenüberblick zu den Redebeiträgen im Europäischen Parlament

Die erste empirische Analyseebene bezieht sich auf die Debatte der Abgeordneten im Europäischen Parlament über den Bericht von MdEP „Timo Wölken im Namen des Rechtsausschusses über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren“ (Europäisches Parlament 2023a, Der Präsident). Grundlage bildet der ausführliche Sitzungsbericht vom 10. Juli 2023, in dem der Tagesordnungspunkt 16 „Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren“ (ebd.) dokumentiert ist. In diesem sind sämtliche Wortmeldungen der an der Debatte beteiligten Abgeordneten festgehalten. In der Debatte meldeten sich 26 Abgeordnete sowie die zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Věra Jourová, zu Wort. Timo Wölken, der als Berichterstatter zur Initiative fungierte und die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission hielten dabei jeweils zwei Reden

Aus den 29 Redebeiträgen wurden 129 für die Forschungsfrage inhaltlich relevante Statements identifiziert und anschließend inhaltlich ausgewertet. Für die spätere Untersuchung der Ergebnisse der Auswertung ist es interessant, die Verteilung der Redebeiträge und Statements über die Fraktionen im Europäischen Parlament zu berücksichtigen. Zum Zeitpunkt der Debatte waren sieben Fraktionen sowie fraktionslose Abgeordnete im Europäischen Parlament vertreten. Alle acht Abgeordnetengruppen haben sich in der Debatte zu Wort gemeldet wobei

die S&D-Fraktion mit acht Beiträgen (von sieben Abgeordneten) am stärksten an der Debatte beteiligt war. Aus der EVP gab es vier Reden, während sich die Fraktion Renew Europe, die Fraktion der Grünen/EFA und die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament mit jeweils drei Wortmeldungen beteiligten. Abgeordnete der ID- und EKR-Fraktionen hielten jeweils eine Rede. Vier fraktionslose Abgeordnete haben sich zu Wort gemeldet. Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová hat zwei Reden gehalten (siehe Tabelle 2).

Da die Fraktionen sich unterschiedlich intensiv an der Debatte beteiligt haben, sind die Statements nicht gleichmäßig über die Fraktionen verteilt. Dies muss bei der Untersuchung berücksichtigt werden. Die genaue Verteilung der Statements ist in Tabelle 2 dargestellt.

Die Verteilung zeigt bereits, dass insbesondere die großen proeuropäischen Fraktionen (S&D, EVP, Renew und Grüne) den Diskurs dominierten. Kleinere Fraktionen und die politischen Ränder sind hingegen nur vereinzelt in Erscheinung getreten. Damit deutet sich an, dass die Debatte von den „Mainstream-Parteien“ getragen wurde, die typischerweise proeuropäische Positionen vertreten.

Fraktion	S&D	EVP	Renew	Grüne	Linke	ID	EKR	NI	Kommission
Reden	9	4	3	3	3	1	1	4	2
Statements	38	22	12	9	9	7	5	14	13

Tabelle 2: Überblick der Redebeiträge nach Fraktionen

3.2. Erwartungen zu Cleavages in den Redebeiträgen

Bevor die Untersuchung der Cleavages in den Redebeiträgen des Europäischen Parlaments durchgeführt wird, sollen an dieser Stelle Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse der Untersuchung formuliert werden. Diese orientieren sich an der Forschungsfrage sowie den theoretisch aufgestellten politischen Konfliktlinien, der GAL/TAN-Achse, der Links/Rechts-Achse und der Integrations-/Souveränitäts-Achse.

Es ist zu erwarten, dass die Fraktionen aufgrund ihrer ideologischen Ausrichtung einen der Pole auf den jeweiligen Konfliktlinie belegen. Gail McElroy und Kenneth Benoit haben in ihrem 2012 erschienenen Artikel „Policy positioning in the European Parliament“ die Policy-Positionen der damals im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen untersucht, die ID-Fraktion war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vertreten. Die Untersuchung zeigt, dass die S&D-Fraktion und die Grüne/EFA-Fraktion auf den politischen Konfliktlinien mit GAL-, links- und pro-integrationsorientierte Themen (Arbeitnehmerrechte, staatliche Regulierung, Minderheitenrechte, etc.) vertreten sind. Auch die Fraktion der Linken-Parteien vertritt GAL-

und linke Themen, wobei sie stärker souveränitätsorientiert ist. Die EVP-Fraktion ist Mitte-Rechts eingeordnet, eher TAN-orientiert und steht für pro-integrationistische Themen. Die Renew-Fraktion (ehemals Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa - ALDE) positioniert sich mit ihrer Wirtschaftsliberalität ebenfalls im Mitte-Rechts-Spektrum, wirbt für GAL-Themen und ist pro-integrationistisch ausgerichtet. Die EKR hingegen wird rechts und bei TAN verortet. Sie steht für die Souveränität der Nationalstaaten ein (vgl. McElroy und Benoit 2012). In dieser Arbeit wird erwartet, dass die Positionen der Fraktionen in dieser Form auf den drei politischen Konfliktlinien im Diskurs zur Anti-SLAPP-Initiative erkennbar sind. Aus der zuvor dargestellten ungleichen Verteilung der Redebeiträge und Statements auf die Fraktionen lässt sich eine Erwartung ableiten. Aufgrund der ideologischen Verbundenheit der Fraktionen ist davon auszugehen, dass die Positionen der Fraktionen, die stärker repräsentiert sind, in den Statements häufiger vertreten sein werden. Konkret bedeutet dies, dass sowohl GAL- als auch linke Positionen im Vergleich zu ihren Gegenpolen TAN und Rechts stärker vertreten sein werden. Weiterhin wird erwartet, dass der Integrationspol auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse dominiert, da proeuropäische Fraktionen den Diskurs im Europäischen Parlament prägen.

Eine weitere Annahme ergibt sich aus dem inhaltlichen Bezug zur Initiative selbst. Da die Anti-SLAPP-Initiative ausdrücklich den Schutz von Journalist:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs und Menschenrechtsverteidiger:innen) zum Ziel hat, ist davon auszugehen, dass diese links- und GAL-orientierte Argumente eine zentrale Rolle spielen werden. Die SLAPP-Initiative ist mit geringen Kosten und einem niedrigen Regulierungsniveau verbunden. Sie zielt auf den Schutz demokratischer Freiheitsrechte ab, was eine breite Unterstützung aus den proeuropäischen Fraktionen nahelegt. Die links- und GAL-orientierten Positionen betonen, wie in der Operationalisierung dargestellt, die Stärkung von Freiheitsrechten, den Schutz Schwächerer und die Verteidigung der demokratischen Öffentlichkeit, was die direkte Intention der Initiative widerspiegelt.

Aus den vorherigen Erwartungen kann eine letzte Annahme aufgestellt werden. Die vorherigen Erwartungen zeigen, dass Argumente entlang aller Konfliktlinien zu erwarten sind. Somit kann die Erwartung aufgestellt werden, dass alle Konfliktlinien eine entscheidende Rolle in der Debatte im Europäischen Parlament übernehmen werden.

3.3. Ergebnisse der Untersuchung der Redebeiträge

Die Auswertung der 129 identifizierten Statements in den Redebeiträgen ergibt ein klares Schema. Es wurden 114 Statements entlang der GAL/TAN-Achse identifiziert, von denen 106

dem GAL-Pol und lediglich 8 dem TAN-Pol zugeordnet wurden. Auch die anderen politischen Konfliktlinien weisen ein ähnliches Muster auf. Der Links/Rechts-Achse wurden 78 Statements zugeordnet, von denen 65 dem linken Pol und 13 dem rechten Pol entsprechen. Die Integrations-/Souveränitäts-Achse ist mit insgesamt 66 Erwähnungen die am wenigsten verwendete Konfliktlinie, wobei 58 Erwähnungen für Integration und 8 für Souveränität stehen. Diese Ergebnisse verdeutlichen bereits ein eindeutiges Bild. Zum einen sind alle Konfliktlinien von Bedeutung, zum anderen ist die GAL/TAN-Achse am stärksten zum Tragen gekommen. Eine weitere direkte Beobachtung ist, dass auf allen Konfliktlinien ein Pol präsenter im Diskurs ist. Da dieses Phänomen nicht Gegenstand der Forschungsfrage ist, soll es an dieser Stelle nur kurz analysiert werden. Unter Berücksichtigung der Verteilung der Reden auf die Fraktionen (siehe Tabelle 2) ist festzustellen, dass der Diskurs besonders von der S&D-Fraktion geprägt wird. Wie in den Erwartungen dargestellt, vertritt diese GAL- und Linke-Positionen. Auch die Fraktionen der Grünen und Linken vertreten diese Positionen. Im Vergleich dazu wird in den Erwartungen dargestellt, dass die Fraktionen EVP, Renew und EKR TAN- bzw. Rechte-Positionen einnehmen. Die Fraktionen mit den GAL- und Linken-Positionen sind im Diskurs mit 56 Statements vertreten, während die TAN- und Rechten-Fraktionen nur 39 Statements einbringen. Diese allgemeine Darstellung kann die Dominanz der einzelnen Pole erklären. Weiterhin ist es die Intention der Initiative, u.a. Journalist:innen und NGOs zu schützen. Auch dies trägt zur Prägung des Diskurses durch den GAL- bzw. Linken-Pol bei.

GAL/TAN-Achse

Die Ergebnisse der Untersuchung der Redebeiträge der MdEP machen deutlich, dass die GAL/TAN-Achse in der Debatte besonders hervortritt. Rund 88% aller Statements lassen sich einem der beiden Pole dieser Konfliktlinie zuordnen. Dies weist darauf hin, dass Fragen nach Freiheitsrechten, Transparenz und der Stellung staatlicher Autoritäten zentrale Bezugspunkte der Diskussion waren. In der Operationalisierung wurde bereits dargelegt, dass es sich dabei um klassische Argumente für die Pole der Konfliktlinie handelt. In der Operationalisierung wurde außerdem erläutert, dass auf dem GAL-Pol Pluralismus und Offenheit betont werden, während Vertreter:innen des TAN-Pols den Schutz etablierter unternehmerischer Autoritäten sowie die Betonung von Ordnung, Stabilität, nationaler Souveränität und traditionellen Werten in den Vordergrund stellen.

Ein Blick auf die Gesamtergebnisse verdeutlicht, dass die GAL-Seite mit 94% der Statements auf der GAL/TAN-Achse dominiert. Dies spiegelt die inhaltliche Nähe der Debatte zur Intention der SLAPP-Initiative wider. Diese zielt auf den Schutz von Journalist:innen und

zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie auf den Schutz der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit (Freiheitsrechte) ab. Aufgrund ihrer geringen Kosten und ihres niedrigen Regulierungsniveaus spricht sie progressiven Argumenten zu.

In der Auswertung der Statements lassen sich die in der Operationalisierung theoretisch aufgestellten Argumente wiederfinden. Auf dem GAL-Pol wurde der Schutz individueller Freiheiten besonders betont. Viele Redner:innen betonten die Relevanz der Meinungs- und Pressefreiheit, die durch die Initiative geschützt werden sollen (vgl. Europäisches Parlament 2023a, bspw. Timo Wölken Stmt. 3; Marc Tarabella Stmt. 111). Weitere GAL-Argumente der Abgeordneten waren der Schutz von Journalist:innen, NGOs, Whistleblower:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen (vgl. ebd., bspw. Sabrina Pignedoli Stmt. 67; Isabel Wiseler-Lima Stmt. 90). Auch die Transparenz im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Untersuchungen durch die Presse wurde betont (vgl. ebd., bspw. Ramona Strugariu Stmt. 14; David Casa Stmt. 72).

Die Argumente der TAN-Redner:innen variieren stärker. An mehreren Stellen wurden NGOs kritisiert und als privilegiert bezeichnet (vgl. ebd., Ernő Schaller-Baross Stmt. 84, 85), wobei die Initiative deren Privilegien noch weiter ausbaut. Ein weiteres wichtiges Argument war, dass die Initiative den Nationalstaaten europäisches Recht aufzwingt (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 53), was zu einer Ungleichheit vor dem Gesetz führe. Durch die Maßnahmen der Initiative (vorzeitige Abweisung von SLAPP-Klagen) würden Beklagte Privilegien erhalten (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 61), was zu einer „Zwei-Klassen-Justiz“ (ebd., Gilles Lebreton Stmt. 62) führen würde. Die TAN-Argumente betonen das nationale Recht und den Schutz der etablierten Ordnung. Diese würden durch die Initiative unnötig verändert, da das bestehende Recht ausreichend sei.

Ein differenzierteres Bild zeigt sich bei der Untersuchung der Statements der einzelnen Fraktionen. Von den 38 Statements der S&D Fraktion haben 36 einen GAL-Bezug. In diesen wird insbesondere der Schutz von Freiheitsrechten sowie der Schutz von Journalist:innen, und zivilgesellschaftlichen Organisationen positiv hervorgehoben (vgl. ebd., bspw. Timo Wölken Stmt. 4; Katarina Barley Stmt. 109). Auch Transparenz, Pluralismus und unabhängige Medien werden von der S&D-Fraktion betont (vgl. ebd., bspw. Łukasz Kohut Stmt. 93, 94).

In den Reden der EVP-Fraktion wurden 22 Statements identifiziert, von denen 20 dem GAL- und eines dem TAN-Pol zugeordnet werden können. Während TAN-Argumente die historische nationale Ordnung hervorheben (vgl. ebd., Antonius Manders Stmt. 104), betonen die GAL-

Argumente, ähnlich wie bei der S&D-Fraktion, den Schutz von Freiheitsrechten sowie den Schutz von Journalist:innen (vgl. ebd., Magdalena Adamowicz Stmt. 33; Isabel Wiseler-Lima Stmt. 90). Hinzu kommen die Argumente zum Schutz der Demokratie und Transparenz (vgl. ebd. David Casa Stmt. 72) sowie der Schutz der Wahrheit (vgl. ebd. Magdalena Adamowicz Stmt. 35).

Bei der Renew-Fraktion wurden elf der zwölf Statements dem GAL-Pol zugeordnet. In der Fraktion der Grünen entfallen alle neun Statements auf den GAL-Pol und bei der Linksfraktion sind es sieben der neun Statements. In ihren Argumenten konzentrieren sich diese Fraktionen ebenfalls auf den Schutz von Freiheitsrechten sowie den Schutz von Journalist:innen (vgl. ebd., bspw. Diana Riba i Giner Stmt. 47; Clare Daly Stmt. 116). Die Redner:innen der Grünen-Fraktion argumentieren darüber hinaus für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit (vgl. ebd., Hannah Neumann Stmt. 96) und demokratischer Werte (vgl. ebd., Diana Riba i Giner Stmt. 49). Demgegenüber stehen die Fraktionen EKR und ID. Bei der EKR-Fraktion entfallen je zwei der insgesamt fünf Statements auf die beiden Pole der Konfliktlinie, während die ID-Fraktion bei insgesamt sieben Statements zwei GAL- und drei TAN-Argumente einbringt. Beide Fraktionen betonen zwar den Schutz von Journalist:innen (vgl. ebd., bspw. Christian Terheş Stmt. 51; Gilles Lebreton Stmt. 56), stellen jedoch zugleich Recht und Ordnung in den Vordergrund (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 55) und üben Kritik an NGOs (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 59) auf dem TAN-Pol.

Zehn der 13 Statements der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová werden dem GAL-Pol zugeordnet. Auch sie betont den Schutz der Freiheitsrechte und den Schutz von Journalist:innen (vgl. ebd., bspw. Věra Jourová Stmt. 19, 20).

In die Debatte haben sich außerdem vier fraktionslose Abgeordnete eingebracht. Drei von ihnen bringen ähnliche GAL-Argumente wie die anderen Fraktionen ein. Nur von Ernő Schaller-Baross können Statements dem TAN-Pol zugeordnet werden. Er kritisiert darin die angeblich privilegierten NGOs (vgl. ebd., Ernő Schaller-Baross Stmt. 84, 85).

Links/Rechts-Achse

Die Links/Rechts-Achse tritt in den Statements der Redebeiträge der MdEP weniger stark auf als die der GAL/TAN-Achse, ist aber dennoch vielfältig vertreten. In rund 60% der Statements konnten Argumente identifiziert werden, die der Links/Rechts-Achse zugeordnet werden können. Dies zeigt, dass auch die Themen dieser Konfliktlinie in der Debatte im Europäischen Parlament eine wichtige Rolle spielten. Typische Argumente betreffen die Stärkung von

Individuen gegen ökonomisch Mächtige, die Forderung nach staatlicher Regulierung oder auf dem Gegenpol die Skepsis bis hin zur Ablehnung staatlicher Eingriffe.

Auch auf der Links/Rechts-Achse zeigt sich eine klare Asymmetrie, rund 83% der Argumente entfallen auf den linken Pol. Dies spiegelt erneut die Nähe der Debatte zur Intention der Initiative wider, die den Schutz von Schwächeren (in diesem Fall Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen) gegenüber den ökonomisch Stärkeren (den Kläger:innen von SLAPPs) sowie einen stärkeren staatlichen Eingriff zur Regulierung fordert.

Die Argumente des linken Pols fokussieren sich besonders auf den Schutz von Schwächeren gegenüber ökonomisch Stärkeren. Die Initiative zielt darauf ab Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor missbräuchlichen Klagen zu schützen. In diesem Zusammenhang gelten diese Gruppen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen als die Schwächeren, die vor Klagen durch ökonomisch Stärkere geschützt werden sollen. Viele Abgeordnete griffen dieses Motiv auf (vgl. ebd., bspw. Timo Wölken Stmt. 2; Ilana Cicurel Stmt. 43). Eng damit verbunden ist das Argument der Machtasymmetrie, die zu Machtmissbrauch führt. Wohlhabende Personen und Organisationen nutzen ihre Ressourcen, um Schwächere vor Gericht unter Druck zu setzen (vgl. ebd., Manon Aubry Stmt. 63; Łukasz Kohut Stmt. 93). Hinzu kommt die Forderung nach staatlichen Eingriffen in Form von Regulierung, um SLAPP-Klagen wirksam zu verhindern und zu sanktionieren (vgl. ebd., Diana Riba i Giner Stmt. 49; Magdalena Adamowicz Stmt. 33).

Das wichtigste und meistgenannte Argument des rechten Pols der Konfliktlinie stellt den Grundsatz der Rechtsgleichheit in den Vordergrund und kritisiert, dass die Initiative eine Sonderstellung für bestimmte Gruppen schaffen würde (vgl. ebd., bspw. Christian Terheş Stmt. 52; Ernő Schaller-Baross Stmt. 84). Daraus wurde die Gefahr einer Zwei-Klassen-Justiz abgeleitet (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 62). Ein weiteres rechtes Argument ist die Verhinderung von Überregulierung (vgl. ebd., bspw. Gilles Lebreton Stmt. 59). In wenigen einzelnen Statements fand der Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der etablierten Autoritäten Erwähnung (vgl. ebd., Ernő Schaller-Baross Stmt. 86).

Bei der Einzelbetrachtung der Fraktionen ergibt sich ein differenzierteres Bild. Die Statements der S&D-Fraktion enthalten ausschließlich Argumente des linken Pols. In 21 der 38 Statements thematisieren die Abgeordneten Argumente dieses Pols und fokussieren sich hauptsächlich auf den Schutz von Schwächeren gegenüber ökonomisch Stärkeren (vgl. ebd., bspw. Sylvie Guillame Stmt. 75; Cyrus Engerer Stmt. 119). Ergänzend wird auf staatliche Regulierung und

Machtmissbrauch hingewiesen (vgl. ebd., bspw. Timo Wölken Stmt. 10; Łukasz Kohut Stmt. 93). Einige Abgeordnete bringen zudem Argumente zur freien Berichterstattung der Medien ein und machen auf Gefahren durch Propaganda (vgl. ebd., Łukasz Kohut Stmt. 92) sowie staatliche Repressionen gegen Journalist:innen aufmerksam (vgl. ebd., Katarina Barley Stmt. 106).

Auch die Abgeordneten der EVP-Fraktion argumentieren ausschließlich vom linken Pol aus. Neben dem Schutz von Journalist:innen und NGOs (vgl. ebd., bspw. David Casa Stmt. 71; Antonius Manders Stmt. 101) betonen ihre Redner:innen die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe (vgl. ebd., bspw. Magdalena Adamowicz Stmt. 33). Als zusätzliches Argument bringen sie Kritik an Machtmissbrauch ein (vgl. ebd., David Casa Stmt. 70; Isabel Wiseler-Lima Stmt. 89).

Ähnlich verhält es sich bei der Renew-Fraktion und der Fraktion der Grünen, die ebenfalls ausschließlich mit Themen des linken Pols argumentieren. Beide Fraktionen stellen die bereits genannten Themen des Schutzes der Schwächeren (vgl. ebd., bspw. Ilana Cicurel Stmt. 43; Saskia Bricmont Stmt. 81) und staatlicher Regulierung in den Mittelpunkt. Renew und die Grünen fordern jedoch verstärkt eine Ausweitung der Initiative durch noch weitergehende staatliche Eingriffe (vgl. ebd., bspw. Ilana Cicurel, Stmt. 44; Diana Riba i Giner Stmt. 49).

Neben den bekannten Argumenten bringt die Fraktion der Linken auch neue Akzente in die Debatte ein. In ihren sechs Statements zum Linken-Pol kritisieren die Redner:innen die strukturelle Macht ökonomisch Starker (vgl. ebd., Manon Aubry Stmt. 63, 64) sowie die staatliche Repression von Journalist:innen und Whistleblower:innen, etwa im Fall Julian Assange (vgl. ebd., Clare Daly Stmt. 117). Zudem problematisieren sie den Mangel an unabhängigen Medien in Europa, da diese zunehmend von US-amerikanischen Konzernen kontrolliert würden (vgl. ebd., Mick Wallace Stmt. 123).

Die Abgeordneten der ID- und EKR-Fraktion positionieren sich differenzierter. Beide bringen je ein linkes Argument ein, in dem sie den Schutz von Journalist:innen fordern (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 54; Gilles Lebreton Stmt. 56). Zugleich dominieren rechte Argumente. Sie warnen vor Überregulierung (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 59, 60), lehnen Verfahrensprivilegien ab (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 61, 62) und betonen die Bedeutung bestehender Rechtsordnungen (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 53).

Auch die Europäische Kommission ist mit Beiträgen vertreten. Vizepräsidentin Věra Jourová warnt in einem Statement vor übermäßiger Regulierung (vgl. ebd., Věra Jourová Stmt. 27), bringt jedoch in acht weiteren Beiträgen linke Argumente vor, die im Kern mit den Positionen der Fraktionen übereinstimmen.

Unter den fraktionslosen Abgeordneten sticht Ernő Schaller-Baross erneut hervor, der vier rechte Argumente vorbringt. Er kritisiert die Privilegierung einzelner Gruppen (vgl. ebd., Ernő Schaller-Baross Stmt. 83) und sieht die Rechtsstaatlichkeit gefährdet (vgl. ebd., Stmt. 86). Andere fraktionslose Abgeordnete wiederum vertreten ausschließlich linke Positionen und betonen durchgehend den Schutz der Schwächeren gegenüber den ökonomisch Stärkeren (vgl. ebd., bspw. Sabrina Pignedoli Stmt. 69; Tatjana Ždanoka Stmt. 97).

Integrations-/Souveränitäts-Achse

Die Integrations-/Souveränitäts-Achse ist die am schwächsten vertretene Konfliktlinie in der Debatte. Mit 67 Statements entlang dieser Konfliktlinie findet sie in rund 51% der Statements Erwähnung. Eine genauere Untersuchung der Konfliktlinie zeigt, dass sie zwar nicht vergleichbar viele Erwähnungen wie die anderen Konfliktlinien findet, in der Debatte aber dennoch repräsentiert war. Die meisten Statements gehen positiv auf die Initiative ein, erwähnen jedoch nicht die Rolle der EU oder der Nationalstaaten. Diese Statements wurden nicht auf die Integrations-/Souveränitäts-Achse kodiert, da keine direkten Abwägungen entlang dieser Konfliktlinie auffindbar sind.

Wie zuvor bei den weiteren Konfliktlinien ist auch auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse auffällig, dass einer der Pole ein intensiveres Aufkommen hat als der andere. Auf dieser Konfliktlinie entfallen 88% der Nennungen auf den Integrationspol. Dies lässt darauf schließen, dass es unter den Abgeordneten einen starken Konsens darüber gibt, dass es für das Problem der SLAPP-Klagen eine Lösung auf europäischer Ebene benötigt.

In der Debatte wurde vielfach das Argument vorgebracht, dass einheitliche EU-weite Regelungen benötigt werden, um Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen effektiv vor SLAPP-Klagen zu schützen (vgl. ebd., bspw. Tatjana Ždanoka Stmt. 100; Manon Aubry Stmt. 66). Viele Abgeordnete stellten darüber hinaus die Forderung nach einer stärkeren Initiative. Sie betonten zwar ihre Zustimmung zur Vorlage der Europäischen Kommission, forderten aber die Institutionen der EU auf, noch weiterzugehen, da dies erst ein erster Schritt sei (vgl. ebd., bspw. Isabel Wiseler-Lima Stmt. 90). Die Abgeordnete Irena Jovena von der Renew-Fraktion forderte beispielsweise, dass die Regelungen der Initiative nicht nur, wie vorgesehen, auf grenzüberschreitende Klagen, sondern allgemein gelten sollten (vgl. ebd., Irena Joveva Stmt. 78). In seiner Rede forderte der Abgeordnete Mick Wallace die EU auf, aktiver zum Schutz von Journalist:innen zu handeln, die bereits ungerechtfertigt festgehalten werden, wie beispielsweise Julian Assange und Pablo Gonzalez (vgl. ebd., Mick Wallace Stmt. 122).

Eine andere Argumentation für die Initiative im Zusammenhang mit der Integration war die europäische Wertegemeinschaft. Die Initiative ist ein wichtiger Schritt, um Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit zu schützen, was im Interesse aller EU-Bürger:innen steht (vgl. ebd., bspw. David Casa Stmt. 72; Věra Jourová Stmt. 124).

Ein besonders auffälliges Argument der Souveränität ist die Betonung der Rolle der Nationalstaaten für den Schutz von Journalist:innen. Mit diesem Argument fordern die Redner:innen die Nationalstaaten auf, die EU-Richtlinie schnell und effektiv umzusetzen, und heben deren Verantwortung hervor, da die EU nur unterstützend handeln kann (vgl. ebd., Timo Wölken Stmt. 11; Věra Jourová Stmt. 21). Weitere Souveränitätsstatements zweifeln an der Sinnhaftigkeit einer EU-Richtlinie und kritisieren einen allzu breiten Kreis der zu schützenden Gruppen (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt., 59, 60). Kritisiert wird auch die Umsetzung der Vorschriften der Initiative, da dies Einfluss auf Entscheidungen nationaler Gerichte nimmt und zu einer Zwei-Klassen-Justiz führen würde (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 55; Gilles Lebreton Stmt. 62).

Die detaillierte Auswertung der Statements entlang der Integrations-/Souveränitäts-Achse ergibt ein vergleichbares Bild zu den Ergebnissen entlang der anderen untersuchten Konfliktlinien. In den Redebeiträgen der S&D-Fraktion wird die Notwendigkeit eines starken und aktiven Eingreifens der EU betont (vgl. ebd., bspw. Timo Wölken Stmt. 5; Łukasz Kohut Stmt. 94). Dies zeigt sich in den 22 Integrationsstatements, die von den Abgeordneten der Fraktion in die Debatte eingebracht wurden. Die Abgeordneten argumentieren, dass SLAPP-Klagen ein grenzüberschreitendes und internationales Phänomen darstellen und daher nur durch eine verbindliche EU-Richtlinie bekämpft werden können (vgl. ebd., bspw. Ibán Garcia Del Blanco Stmt. 42; Cyrus Engerer Stmt. 119). Dabei heben sie hervor, dass die EU nicht lediglich Mindeststandards setzen dürfe, sondern als Wertegemeinschaft aktiv für den Schutz der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit eintreten müsse (vgl. ebd., bspw. Juan Fernando López Aguilar Stmt. 113; Timo Wölken Stmt. 127ff.). Anders als bei den anderen Konfliktlinien bringt die S&D-Fraktion für diese Konfliktlinie auch ein Statement für den Souveränitätspol ein. In diesem Statement betont der Abgeordnete Timo Wölken die Rolle der Nationalstaaten bei der Bekämpfung von SLAPP-Klagen und bei der Unterstützung der Opfer dieser Klagen. Er spricht nicht davon, dass die EU keine Verantwortung übernehmen solle, sondern hebt hervor, dass die Nationalstaaten eine besondere Rolle übernehmen müssen (vgl. ebd., Timo Wölken Stmt. 11).

In den Statements der EVP-Fraktion wird ebenfalls die Bedeutung einer europäischen Richtlinie hervorgehoben, um einheitliche Standards gegen grenzüberschreitende missbräuchliche Klagen zu schaffen (vgl. ebd., bspw. Isabel Wiseler-Lima Stmt. 90; Antonius Manders Stmt. 102). Auch die Abgeordneten der EVP-Fraktion betonten, dass die EU eine Wertegemeinschaft sei, die die Verantwortung dafür trage, die Grundrechte und die demokratische Öffentlichkeit aktiv zu verteidigen (vgl. ebd., bspw. Magdalena Adamowicz Stmt. 37f). Wiederholt heben die Redner:innen die Rolle des Journalismus und zivilgesellschaftlicher Organisationen zum Schutz der europäischen Werte hervor und loben die Initiative der Europäischen Kommission zum Schutz dieser Akteur:innen (vgl. ebd., bspw. Isabel Wiseler-Lima Stmt. 90; Antonius Manders Stmt. 102).

In den Redebeiträgen der Fraktionen Renew, der Grünen und der Linken wird ebenfalls eine deutliche Betonung integrationsfreundlicher Argumente sichtbar. Während die Fraktionen die Initiative loben, betonen sie auch, dass eine solche Richtlinie das Problem von SLAPP-Klagen nicht endgültig lösen wird. Sie fordern die Institutionen der EU dazu auf, weitere Maßnahmen zu beschließen (vgl. ebd., bspw. Ilana Cicurel Stmt. 44; Diana Riba i Giner Stmt. 49). Dennoch betonen auch sie die wichtige Rolle, die diese Initiative zum Schutz der gemeinsamen europäischen Werte einnimmt (vgl. ebd., bspw. Ramona Strugariu Stmt. 17; Manon Aubry Stmt. 66).

In seinen Redebeiträgen hebt der Redner der EKR-Fraktion vor allem die Bedeutung nationaler Gerichtsbarkeit hervor. Seiner Meinung nach sollten Fragen im Zusammenhang mit missbräuchlichen Klagen in erster Linie durch die Nationalstaaten geregelt werden. Eine weitreichende Rolle der EU wird kritisch gesehen, da dies als Gefahr für die nationale Souveränität und die eigenständigen Rechtssysteme verstanden wird. Zwar wird die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie nicht bestritten, jedoch wird der vorliegende Vorschlag als ungerecht für einzelne Parteien angesehen und als zu starker Eingriff in nationale Rechtsstrukturen kritisiert (vgl. ebd., Christian Terheş Stmt. 5ff.). Auch Gilles Lebreton, der für die ID-Fraktion spricht, lehnt die Initiative und ein allgemeines Eingreifen der EU in diesem Bereich vollkommen ab. Die Initiative sei übertrieben und greife unnötig in die Souveränität der Nationalstaaten und deren Rechtssysteme ein (vgl. ebd., Gilles Lebreton Stmt. 58ff.).

In den Redebeiträgen der Europäischen Kommission wird die Anti-SLAPP-Initiative hingegen klar als europäisches Projekt und Teil des europäischen Demokratieprojekts verortet. Věra Jourová betont, dass SLAPP-Klagen ein grenzüberschreitendes Problem sind, für das eine gemeinsame europäische Lösung erforderlich ist, um es effektiv zu bekämpfen. Auch sie betont die EU als Wertegemeinschaft (vgl. ebd., bspw. Věra Jourová Stmt. 22, 24, 124). Ähnlich wie

Timo Wölken hebt sie die Rolle der Nationalstaaten hervor, sagt aber auch, dass die EU unterstützend handeln müsse (vgl. ebd., Stmt. 21).

Die Statements der fraktionslosen Abgeordneten lassen sich nur bedingt der Integrations-/Souveränitäts-Achse zuordnen. Vereinzelt greifen sie jedoch die bereits genannten Argumente auf. Im Vordergrund stehen dabei der Verweis auf die Notwendigkeit eines internationalen Schutzes von Journalist:innen sowie die Betonung der europäischen Werte (vgl. ebd., bspw. Sabrina Pignedoli Stmt. 67; Tatjana Ždanoka Stmt. 100).

3.4. Zwischenfazit zu den Redebeiträgen

Im ersten Schritt des Zwischenfazits sind die Ergebnisse der Untersuchung in Bezug auf die Forschungsfrage dieser Arbeit, welche politischen Konfliktlinien den Diskurs der SLAPP-Initiative prägen, zu betrachten. Die Analyse der Redebeiträge im Europäischen Parlament zur Anti-SLAPP-Initiative zeigt, dass die Debatte klar entlang der drei zu untersuchenden politischen Konfliktlinien strukturiert ist. Dabei tritt insbesondere die GAL/TAN-Achse hervor, die in der Mehrheit der Wortmeldungen eine zentrale Rolle spielt. Alle am Diskurs beteiligten Redner:innen bringen Argumente für diese Konfliktlinie in die Debatte ein. Insbesondere die Argumente des Schutzes der Freiheitsrechte sowie des Schutzes von Journalist:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden dabei wiederholt hervorgehoben.

Die Links/Rechts-Achse ist in den Redebeiträgen weniger dominant, aber ebenfalls deutlich erkennbar. Am häufigsten werden dabei die Argumente Schutz von Schwächeren, Machtasymmetrie und staatliche Regulierung wiederholt.

Auch die Integrations-/Souveränitäts-Achse ist in den Redebeiträgen präsent, wenn auch weniger stark ausgeprägt als die beiden anderen Konfliktlinien. Es treten wiederholt integrationsfreundliche Argumente für eine EU-Richtlinie und die EU als Wertegemeinschaft auf.

In Bezug auf die Forschungsfrage lässt sich festhalten, dass alle drei politischen Konfliktlinien in der Debatte auftreten. Die GAL/TAN-Achse prägt jedoch insbesondere den Diskurs im Europäischen Parlament zur SLAPP-Initiative.

Zu Beginn der Untersuchung der Redebeiträge wurden vier Erwartungen für die Debatte im Europäischen Parlament formuliert. Diese sind im zweiten Schritt des Zwischenfazits zu überprüfen. Die erste Erwartung bezieht sich auf die ideologische Verbundenheit der Fraktionen. Diese Erwartung kann nicht für alle Fraktionen bestätigt werden. Die S&D- sowie die Fraktion der Grünen haben, wie erwartet, klar für den GAL-, Links- und Integrationspol argumentiert. Von der Fraktion der Linken wurde erwartet, dass sie für Souveränität

argumentiert. Dies ist jedoch nicht eingetreten. Die Annahme der Argumentation für GAL und Links konnte hingegen bestätigt werden. Auch die Erwartungen bezüglich der EKR-Fraktion konnten in der Analyse bestätigt werden. Bei der Renew-Fraktion ist es anders. Sie hat zwar, wie erwartet, für die Integration und GAL gesprochen, aber entgegen den Erwartungen keine Argumente für den rechten Pol der Links/Rechts-Achse in die Debatte eingebracht. Die Erwartungen an die EVP-Fraktion konnten nur hinsichtlich der Integrations-/Souveränitäts-Achse bestätigt werden. Für die weiteren Konfliktlinien zeigt die Untersuchung das Gegenteil der Erwartungen.

Diese Abweichungen lassen sich im spezifischen Kontext der SLAPP-Initiative begründen. Die Initiative verfolgt das Ziel, Grundrechte und Journalist:innen zu schützen. Dies sind klassische linke und GAL-Argumente. Auch Fraktionen wie die EVP, Renew oder die Linke, die in einer breiten politikwissenschaftlichen Analyse anderen Positionen zugeordnet werden, bedienen sich in der Debatte vorrangig dieser Argumentationsmuster, um ihre Unterstützung für die Intention der Initiative auszudrücken. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Erwartungen auf Grundlage einer allgemeinen Betrachtung der ideologischen Ausrichtung der Fraktionen formuliert wurden. Diese spiegeln die Standpunkte der Fraktionen zu allen Politikfeldern wider. In einzelnen Politikfeldern kann es jedoch zu Abweichungen kommen, wenn die Themensetzung bestimmte Konfliktlinien stärker aktiviert als andere. Dies ist bei der SLAPP-Initiative zu beobachten.

Die weiteren Erwartungen besagten, dass einer der Pole der Konfliktlinien stärker in der Debatte vertreten sein würde. Dies lässt sich einerseits damit begründen, dass Fraktionen mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung stärker an der Debatte beteiligt waren, und andererseits damit, dass die Initiative klassische GAL- und linke Ziele, insbesondere den Schutz von Schwächeren und den Schutz von Journalist:innen, verfolgt. Diese Erwartungen können durch die Untersuchung eindeutig bestätigt werden. Auf allen drei Konfliktlinien dominiert jeweils ein Pol, was bei der GAL/TAN-Achse besonders deutlich wird. Somit lässt sich festhalten, dass die Debatte im Europäischen Parlament zur SLAPP-Initiative ein eindeutiges Übergewicht progressiver und proeuropäischer Positionen aufweist.

Schließlich wurde die Erwartung aufgestellt, dass alle Konfliktlinien eine entscheidende Rolle in der Debatte im Europäischen Parlament übernehmen werden. Im ersten Analyseschritt dieses Zwischenfazit konnte dies bereits bestätigt werden. Es zeigte sich, dass die Konfliktlinien unterschiedlich starke Rollen einnehmen. Es konnte allerdings auch festgehalten werden, dass alle Konfliktlinien die Debatte strukturieren. Auch diese Erwartung kann somit bestätigt werden.

4. Cleavages in den Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission

4.1. Datenüberblick zu den Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission

Die zweite empirische Analyseebene der politischen Konfliktlinien im Diskurs der SLAPP-Initiative bezieht sich auf das öffentliche Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission bezüglich der Initiative. In zwei Zeiträumen war es möglich, auf der Website der Europäischen Kommission Rückmeldungen einzureichen. Im Rahmen dieses Konsultationsverfahrens wurden insgesamt 32 Rückmeldungen eingereicht, von denen in dieser Arbeit 13 untersucht werden. Die Einschränkung auf diese 13 Rückmeldungen beruht auf den bereits erläuterten methodischen Erwägungen. Die zu untersuchenden Rückmeldungen stammten von zwölf verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa. Zu diesen Organisationen zählt beispielsweise CASE, ein Zusammenschluss von NGOs, der sich mit SLAPPs auseinandersetzt, um die Aufmerksamkeit in der Gesellschaft für SLAPP-Klagen zu erhöhen und die Opfer solcher Klagen zu unterstützen (vgl. Coalition against SLAPPs in Europe 2024b).

In den Rückmeldungen wurden insgesamt 138 für die Forschungsfrage inhaltlich relevante Statements identifiziert und anschließend auf ihren inhaltlichen Bezug zu den politischen Konfliktlinien untersucht. Die untersuchten Rückmeldungen gehen fast vollständig positiv auf die Initiative ein. Fast alle Organisationen unterstützen die Initiative, wobei sie vereinzelt Kritik an einzelnen Punkten üben. Nur eine Rückmeldung der Organisation „Sdružení pro internetový rozvoj“ (Vereinigung für Internetentwicklung) ist ablehnend gegenüber der Initiative.

4.2. Erwartungen zu den Cleavages in den Rückmeldungen

An dieser Stelle sollen Erwartungen aufgestellt werden, die sich auf die Ergebnisse der Untersuchung der Konfliktlinien in den Rückmeldungen beziehen. Diese Erwartungen werden unter Berücksichtigung der Forschungsfrage sowie mit Bezug auf die drei politischen Konfliktlinien der GAL/TAN-Achse, der Links/Rechts-Achse und der Integrations-/Souveränitäts-Achse formuliert.

Die erste Erwartung bezieht sich auf die inhaltliche Zielsetzung der Initiative. Ziel der Initiative ist es, Journalist:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor SLAPP-Klagen zu schützen. Die inhaltlichen Argumente der Initiative wurden in der Operationalisierung bereits dem GAL- und dem linken Pol der Konfliktlinien zugeordnet. Da die Rückmeldungen von

NGOs stammen, ist davon auszugehen, dass diese einen besseren Schutz zivilgesellschaftlicher Akteure unterstützen. Die erste Annahme dieses Abschnitts lautet daher, dass GAL- und linke Argumente in den Statements verstärkt auftreten.

Bei einigen der Organisationen (bspw. CASE und Justice and Environment) handelt es sich um Zusammenschlüsse von mehreren nationalen NGOs aus verschiedenen Ländern (vgl. Coalition against SLAPPs in Europe o.D., Justice and Environment 2025), die gemeinsame Ziele verfolgen. Diese grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse zeigen, dass die Organisationen grenzüberschreitende Ziele verfolgen. Aus dieser Logik heraus kann angenommen werden, dass die Organisationen eine europäische Lösung für SLAPP-Klagen unterstützen. Auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse ist davon auszugehen, dass die Rückmeldungen überwiegend pro-integrativ ausgerichtet sind.

Beide Annahmen zeigen, dass jeweils ein Pol der Konfliktlinien als dominant erwartet wird. Sie zeigen jedoch auch, dass Argumente für alle Konfliktlinien erwartet werden. Somit kann eine letzte Erwartung aufgestellt werden, dass alle Konfliktlinien eine entscheidende Rolle in den Statements der Rückmeldungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen einnehmen werden.

4.3. Ergebnisse der Untersuchung der Rückmeldungen

Die Auswertung der 138 identifizierten Statements zeigt eine gleichmäßige Verteilung über die Konfliktlinien. So wurden 93 Statements der GAL/TAN-Achse, 88 der Links/Rechts-Achse und 99 der Integrations-/Souveränitäts-Achse zugeordnet. Die Verteilung der Statements auf die Pole der Konfliktlinien zeigt ein vergleichbares Schema wie bei der Auswertung der Statements der Redebeiträge. Dem GAL-Pol wurden 92 Statements zugeordnet, dem TAN-Pol hingegen nur eines. Auf der Links/Rechts-Achse entfallen 84 Statements auf den linken Pol und vier auf den rechten Pol. Die Integrations-/Souveränitäts-Achse weist ein etwas ausgeglicheneres Bild auf. Auf dieser Konfliktlinie entfallen 78 Statements auf den Integrationspol und 21 auf den Souveränitätspol.

Diese Verteilung verdeutlicht bereits, dass alle Konfliktlinien in den Rückmeldungen eine entscheidende Rolle einnehmen. Obwohl die Integrations-/Souveränitäts-Achse die meisten Statements aufweist, kann sie nicht als eindeutig prägend für den Diskurs bezeichnet werden. Dies liegt daran, dass die Differenz zwischen der Integrations-/Souveränitäts-Achse und der Links/Rechts-Achse, welche die schwächste Konfliktlinie darstellt, nur gering ausfällt. Auffällig ist wiederum, dass jeweils ein Pol die Konfliktlinien dominiert. Dies ist anhand der Zielsetzung der Initiative und der auszuwertenden Organisationen erklärbar. Die Initiative

verfolgt klassische GAL- und linke Ziele, die von den Unterstützern in den Diskurs eingebracht werden und daher vielfach in den Rückmeldungen auftreten. Weiterhin stammen die Rückmeldungen von NGOs, die einen Schutz ihrer Organisationen und Mitarbeiter logischerweise unterstützen. Dieser Schutz wird ebenfalls als klassisches GAL- und linkes Argument definiert.

Für die folgende detaillierte Untersuchung der politischen Konfliktlinien werden zunächst jeweils die allgemeinen Ergebnisse der Untersuchung beleuchtet, bevor beispielhafte Rückmeldungen einzelner NGOs genauer betrachtet werden. Dieses Vorgehen ist für die Auswertung vorteilhaft, da sich viele der Argumente wiederholen, einige Rückmeldungen besonders auffällig sind und andere nur wenige Argumente in den Diskurs einbringen, die wiederum bereits von anderen Rückmeldungen abgedeckt wurden.

GAL/TAN-Achse

Die GAL/TAN-Achse spielt eine entscheidende Rolle im Diskurs der Rückmeldungen zur SLAPP-Initiative. In rund 67% der Statements konnten klassische Argumente dieser politischen Konfliktlinie identifiziert werden. Dieses Ergebnis spiegelt die Bedeutung der Initiative für die Organisationen wider. Sie verfolgen die gleichen Ziele, die die Europäische Kommission in der Initiative festgeschrieben hat. Der Schutz von Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist für die Demokratie von entscheidender Bedeutung und wird daher in diesen Rückmeldungen besonders häufig erwähnt.

Die Verteilung der Statements auf den Polen der Konfliktlinie zeigt ein mehr als eindeutiges Bild. Gerade einmal ein Statement konnte dem TAN-Pol zugeordnet werden, während 92 Statements auf den GAL-Pol entfallen. Dies zeigt eine klare Unterstützung der Ziele der Initiative.

Die Argumente der NGOs entlang des GAL-Pols fokussieren sich insbesondere auf den Schutz individueller Freiheitsrechte. Die Organisationen gehen darauf ein, dass SLAPP-Klagen die Opfer dieser dazu zwingen, sich aus dem öffentlichen Diskurs zurückzuziehen (vgl. bspw. The London Story Stmt. 15f.). In ihren Rückmeldungen betonen die Organisationen außerdem, dass der Schutz der Freiheitsrechte einen „Eckpfeiler jeder rechtsstaatlichen Demokratie“ (ebd., The Silence by Lawsuits Stmt. 35) darstellt. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind weitere häufig wiederholte GAL-Argumente, die öfter im Zusammenhang mit dem Schutz der Freiheitsrechte in die Debatte eingebracht werden (vgl. bspw. ENNHRI Stmt. 50). Der Schutz von

zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen ist eines der am häufigsten angeführten Argumente (vgl. bspw. ENNHRI Stmt. 52; Blueprint for Free Speech Stmt. 84).

Nur eine Organisation bringt ein TAN-Argument in ihrer Rückmeldung ein. Die „Vereinigung für Internetentwicklung“ betont den Schutz bestehender Rechtsordnungen. Die vorzeitige Abweisung von Klagen hält sie für fragwürdig und kritisiert deren Eingriff in die bestehenden Verfassungsrechte (vgl. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 81).

Die Einzelanalyse der Organisationen zeigt, dass die im Überblick der GAL-Positionen dargestellten Argumente eine zentrale Rolle spielen. Auffällig ist, dass vor allem die Organisationen „Justice and Enviroment“ (J&E), das „Border Violence Monitoring Network“ (BVMN), das „European Network of National Human Rights Institutions“ (ENNHRI) und die „Coalition against SLAPPs in Europe“ (CASE) die Debatte der Rückmeldungen dominieren. Diese vier Organisationen bringen in ihren insgesamt 64 Statements 59 der 92 identifizierten GAL-Statements ein und prägen damit den Diskurs innerhalb der Konsultationsrückmeldungen in entscheidender Weise. Deshalb werden diese Organisationen im Folgenden genauer untersucht.

Inhaltlich betonen diese Organisationen vor allem den Schutz von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalist:innen, und Menschenrechtsverteidiger:innen (vgl. bspw. CASE Stmt. 124; BVMN Stmt. 136ff.). Darüber hinaus wird der Schutz der Freiheitsrechte wiederholt hervorgehoben (vgl. bspw. J&E Stmt. 109; CASE Stmt. 116). Dabei werden Freiheitsrechte nicht nur als abstrakte Grundprinzipien genannt, sondern konkret mit normativen Bezugspunkten wie den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen oder der Grundrechtecharta der EU verknüpft (vgl. bspw. The Silence by Lawsuits Stmt. 41; ENNHRI Stmt. 51). Durch diese Verknüpfung wird verdeutlicht, dass es sich bei der Bekämpfung von SLAPP-Klagen nicht allein um eine juristische Maßnahme handelt, sondern um die Sicherstellung grundlegender demokratischer Strukturen.

Ein besonderer Akzent liegt zudem auf dem Recht auf öffentliche Beteiligung. Mehrfach wird betont, dass die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure aktiv geschützt werden müsse, um demokratische und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten (vgl. bspw. CASE Stmt. 117f., BVMN Stmt. 136). Dieses Argument verdeutlicht, dass es nicht nur um den Schutz vor SLAPP-Klagen geht, sondern um die aktive Förderung demokratischer Partizipation. Damit wird die Bekämpfung von SLAPP-Klagen auch in den Kontext von Pluralismus und Demokratieentwicklung gestellt. Besonders deutlich wird dies bei ENNHRI. Diese

Organisation verweist explizit auf den Schutz des Medienpluralismus und der demokratischen Öffentlichkeit (vgl. ENNHRI Stmt. 54).

Links/Rechts-Achse

Im Vergleich zu den anderen Konfliktlinien ist die Links/Rechts-Achse in den Statements der Rückmeldungen am geringsten vertreten. In rund 64% der Statements wurde diese politische Konfliktlinie identifiziert. Obwohl die Konfliktlinie schwächer präsent ist, spielt sie dennoch eine entscheidende Rolle im Diskurs der Rückmeldungen. Wiederholte Argumente dieser Konfliktlinie, wie auch bereits in den Redebeiträgen der MdEP, waren insbesondere staatliche Eingriffe und Regulierung, der Schutz von Schwächeren und die Machtasymmetrie zwischen ökonomisch/politisch Stärkeren und Schwächeren. Die Organisationen brachten jedoch auch neue Argumente in den Diskurs ein, die zuvor nur wenig diskutiert wurden. Dazu gehören Sanktionen für den Missbrauch von Klagen sowie Entschädigungen für die Opfer von SLAPP-Klagen. Auf der rechten Seite der Konfliktlinie wird insbesondere vor Überregulierung gewarnt.

Die Verteilung der Statements entlang der Links/Rechts-Achse ist vergleichbar mit den anderen Untersuchungen der Konfliktlinien. Eine absolute Mehrheit der Statements entfällt auf den linken Pol der Konfliktlinie. Rund 95% der Statements entfallen auf diesen Pol, nur vier Statements können dem rechten Pol zugeordnet werden. Dies unterstreicht wiederum die Nähe des Diskurses zur Intention der Initiative, die den Schutz von Schwächeren gegenüber ökonomisch Stärkeren sowie einen stärkeren staatlichen Eingriff zur Regulierung fordert.

Die Argumente des linken Pols sind durch den Schutz von Schwächeren geprägt. Dabei wird betont, dass Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen in einem strukturellen Ungleichgewicht stehen, da sie finanziell und institutionell meist deutlich schlechter ausgestattet sind als die Akteure, die SLAPP-Klagen initiieren (vgl. bspw. The London Story Stmt. 17; The Silence by Lawsuits Stmt. 41). Eng damit verbunden ist das Argument der staatlichen Regulierung. Vertreter:innen des linken Pols weisen darauf hin, dass Marktmechanismen oder rein formale Rechtsgleichheit nicht ausreichen, um die bestehenden Machtunterschiede auszugleichen. Stattdessen bedürfe es gezielter rechtlicher Eingriffe, um den Missbrauch gerichtlicher Verfahren einzudämmen (vgl. bspw. J&E Stmt. 70; Blueprint for Free Speech Stmt. 84). Es braucht rechtlichen „Schutz vor straf- und zivilrechtlicher Haftung für offizielle Handlungen und Entscheidungen“ (ENNHRI Stmt. 51) von NGOs. CASE betont, dass die Initiative weiter ausgebaut werden sollte, indem

die Kläger von SLAPP-Klagen sanktioniert und die Opfer finanziell unterstützt werden (vgl. CASE Stmt. 128ff.).

Auf dem rechten Pol der Konfliktlinie treten in den Rückmeldungen nur wenige Argumente hervor. Statements, die hier verortet sind, äußern vor allem Skepsis gegenüber staatlicher Regulierung und warnen vor einer möglichen Überregulierung. Anstatt den Schutz von Journalist:innen in den Vordergrund zu stellen, betonen sie die Bedeutung der formalen Rechtsgleichheit und argumentieren, dass zusätzliche Schutzmechanismen bestehende Machtverhältnisse verzerren können (vgl. bspw. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 81; Blueprint for Free Speech Stmt. 88f.).

Bei der detaillierteren Analyse der Statements entlang der Links/Rechts-Achse fällt auf, dass wiederum die Organisationen J&E und CASE im Vergleich zu den anderen Organisationen besonders viele Argumente in den Diskurs einbringen. Auch „The Silence by Lawsuit“ bringt vergleichbar viele Argumente für die Konfliktlinie ein. Die Organisationen betonen, dass Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und NGOs gegenüber ökonomisch oder politisch mächtigen Kläger:innen in einer strukturell schwächeren Position stehen. Sie betonen besonders stark den Schutz von Schwächeren und führen an, dass Anti-SLAPP-Maßnahmen notwendig seien, um diesen Gruppen einen effektiven Schutz zu garantieren und ihre Arbeit im öffentlichen Interesse abzusichern (vgl. bspw. J&E Stmt. 101; CASE Stmt. 124).

Damit verbunden ist das Argument der Machtasymmetrie. SLAPP-Klagen beruhen auf einer grundlegenden Ungleichheit von Ressourcen. Wohlhabende Kläger:innen, große Unternehmen oder politische Akteur:innen nutzen ihre finanziellen und juristischen Möglichkeiten, um kritische Stimmen durch langwierige Prozesse einzuschüchtern. Die Bekämpfung von SLAPPs wird somit als Instrument verstanden, um ein gerechteres Gleichgewicht zwischen den Parteien herzustellen (vgl. bspw. The Silenced by Lawsuits Stmt. 35, 44; J&E Stmt. 100).

Darüber hinaus wird die Forderung nach staatlichen Eingriffen und Regulierung als Argument vorgebracht. Die Organisationen unterstützen die Initiative der Europäischen Kommission, fordern jedoch teilweise einen weiteren Ausbau der Maßnahmen (vgl. bspw. J&E Stmt. 102). Durch gezielte Eingriffe müsse sichergestellt werden, dass Gerichte missbräuchliche Klagen frühzeitig abweisen können und Betroffene nicht jahrelang unter Druck stehen (vgl. bspw. The Silenced by Lawsuits Stmt. 42f.). Außerdem fordern die Organisationen, dass die Kläger:innen sanktioniert werden, wenn ihre Klagen als missbräuchlich abgewiesen werden. Die Opfer der Klagen sollten finanzielle Unterstützung erhalten, um den finanziellen Druck im Falle einer SLAPP-Klage zu verringern. Kritisiert wird außerdem, dass sich die Initiative nur auf

grenzüberschreitende Klagen bezieht. Dadurch würden Kläger:innen neue Strategien für rein inländische Klagen entwickeln (vgl. bspw. J&E Stmt. 105, 110; CASE Stmt. 128ff.).

Ein anderer Ausgangspunkt für diese Argumente ist die Rückmeldung der Organisation „Asociación de Víctimas de Corrupción Judicial“ (dt.: Vereinigung der Opfer von Justizkorruption), die insbesondere auf die Korruption innerhalb der spanischen Justizverwaltung eingeht. Dabei betont sie, dass missbräuchliche Klagen in Spanien nicht nur individuelle Rechtsstrategien sind, sondern Ausdruck eines größeren Systems struktureller Machtungleichheiten und institutioneller Fehlentwicklungen. Die Organisation betont dabei vor allem die ungleiche Machtverteilung zwischen ökonomisch oder politisch mächtigen Kläger:innen und den betroffenen Individuen, welche durch ein korruptiertes Justizsystem zusätzlich verstärkt wird. Sie fordert daher stärkere regulatorische Eingriffe, um die Rechte der schwächeren Gruppe gegenüber diesen Machtasymmetrien zu sichern und so den Zugang zu Gerechtigkeit zu gewährleisten (vgl. bspw. Asociación de Víctimas de Corrupción Judicial Stmt. 27ff.).

Argumente des rechten Pols treten nur vereinzelt auf. Dabei stehen die Kritik an übermäßiger Regulierung sowie die Warnung vor einer möglichen Überprivilegierung bestimmter Akteursgruppen im Mittelpunkt. Anstelle von Schutz für spezielle Gruppen wird der Grundsatz der Rechtsgleichheit hervorgehoben (vgl. bspw. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 81; GISAD Stmt. 88f).

Integrations-/Souveränitäts-Achse

In rund 72% der Statements aus den Rückmeldungen wurde die Integration-/Souveränitäts-Achse identifiziert. Damit ist diese Konfliktlinie die am stärksten vertretene Konfliktlinie im Diskurs der Rückmeldungen. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass die Organisationen die Themen entlang dieser Konfliktlinie als besonders relevant erachten.

Besonders bei dieser Konfliktlinie ist, dass beide Pole stark erwähnt werden. Der Integrationspol ist mit rund 79% der Statements weiterhin weit stärker vertreten, aber der Souveränitätspol wird immerhin in 21 Statements erwähnt. Dies ist mit den anderen Konfliktlinien nicht vergleichbar. Dies weist darauf hin, dass die Organisationen einerseits Regulierungen der EU unterstützen. Andererseits sprechen sie vielfach dagegen.

Ein wichtiges Argument für den Integrationspol ist, dass es auf nationaler Ebene einen unzureichenden Schutz gegen SLAPP-Klagen gibt (vgl. bspw. The Silence by Lawsuits Stmt. 26; J&E Stmt. 66). Deshalb muss die EU eingreifen, um stärkere europäische Standards

durchzusetzen. Viele Organisationen fordern die EU auf, aktiv zu handeln, die Maßnahme durchzusetzen und die Standards in der Initiative noch weiter auszubauen. Wie bereits dargestellt, fordern einige Organisationen stärkere Maßnahmen als in der Initiative vorgesehen. Dies spricht für den Integrationspol, da die Organisationen sich einen stärkeren Einsatz der EU wünschen. Allgemein gibt es viel Lob für die Ziele der Initiative.

Dem gegenüber stehen die Argumente für den Souveränitätspol. Es handelt sich dabei vorrangig um ein Argument, bei dem auffällig ist, dass es sich nicht direkt um ein Anti-Integrations-Argument handelt. Vielmehr wird die Rolle der Nationalstaaten betont, da nationale Gerichte über die Klagen entscheiden. Die Nationalstaaten werden aufgefordert, eine beschlossene Richtlinie schnell umzusetzen. Darüber hinaus werden die Nationalstaaten dazu angehalten, in der nationalen Gesetzgebung weitere Maßnahmen zu beschließen, die von der Initiative nicht vorgeschrieben werden.

Um die Integrations-/Souveränitäts-Achse detailliert zu untersuchen, werden die Statements von J&E untersucht, da J&E wieder viele Argumente entlang der Konfliktlinie in den Diskurs einbringt. Zusätzlich werden die Statements von CASE, „Blueprint for Free Speech“ und der „Sdružení pro internetový rozvoj“ (Vereinigung für Internetentwicklung) analysiert, die Argumente für beide Pole der Konfliktlinie vorbringen. Sdružení pro internetový rozvoj stellt ein besonderes Untersuchungsbeispiel dar, da sie als einzige Organisation die Initiative ablehnen.

Ein zentrales integratives Argument ist die Forderung nach einer europäischen Richtlinie. Es wird mehrfach betont, dass nur ein einheitlicher Rechtsrahmen auf EU-Ebene in der Lage ist, die grenzüberschreitende Problematik von SLAPP-Klagen wirksam zu bekämpfen. Einzelne Organisationen verweisen darauf, dass die Gefahr für Journalist:innen und Aktivist:innen nicht an nationalen Grenzen endet und deshalb ein abgestimmtes Vorgehen aller Mitgliedstaaten notwendig ist. Die EU wird als Garant eines gemeinsamen Mindeststandards dargestellt, der Rechtsunsicherheiten verhindert (vgl. bspw. J&E Stmt. 68; Blueprint for Free Speech Stmt. 91). Darüber hinaus wird eine aktivere Rolle der EU-Institutionen gefordert. Dabei wird die EU aufgefordert über die vorgeschlagene Richtlinie hinaus weitere Maßnahmen zu ergreifen, etwa in Form von Monitoring, Unterstützung für Betroffene oder Sanktionen gegen die Kläger:innen missbräuchlicher Klagen. Die EU wird nicht nur als Gesetzgeber, sondern als proaktiver Akteur verstanden, der die Nationalstaaten bei der Umsetzung kontrolliert und begleitet (vgl. bspw. Blueprint for Free Speech Stmt. 95; CASE Stmt. 128).

Eng damit verbunden ist die Forderung nach einer Erweiterung der Initiative. Es konnte bereits dargestellt werden, dass einige Organisationen einen Ausbau der Initiative wünschen. Dies verdeutlicht den Wunsch nach einer aktiven EU in diesem Fall (vgl. bspw. CASE 128ff.; Blueprint for Free Speech Stmt. 96).

Auf der Gegenseite wird das Argument zur Betonung der Rolle der Nationalstaaten vorgebracht. Diese Argumente stehen der Initiative jedoch meist nicht entgegen. An vielen Stellen weisen die Organisationen darauf hin, dass die Initiative ein gutes Maßnahmenpaket darstellt, die Nationalstaaten diese Maßnahmen jedoch zunächst umsetzen müssen. Außerdem werden die Nationalstaaten aufgefordert, weitere Maßnahmen gegen SLAPP-Klagen zu beschließen, um einen effektiven Schutz der Opfer missbräuchlicher Klagen sicherzustellen (vgl. bspw. J&E Stmt. 99; CASE Stmt. 114).

In ihrer Rückmeldung nimmt Sdružení pro internetový rozvoj eine klar souveränitätsorientierte Position ein und lehnt die SLAPP-Initiative der EU ab. In mehreren Statements betont die Organisation, dass Fragen des Zivil- und Verfahrensrechts in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten fallen und eine europäische Richtlinie einen übermäßigen Eingriff in nationales Recht darstelle (vgl. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 77, 79). Hervorgehoben wird der Gegensatz der rechtlichen Ziele der Initiative und bestehendem nationalem Recht. Die Organisation warnt, dass europäische Maßnahmen die bestehenden nationalen Rechtsordnungen schwächen könnten (vgl. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 78). Zudem stellt sie die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes vor SLAPP-Klagen infrage und verweist stattdessen auf die Fähigkeit der nationalen Gerichte, derartige Probleme eigenständig zu lösen (vgl. Sdružení pro internetový rozvoj Stmt. 81).

4.4. Zwischenfazit zu den Rückmeldungen

Im ersten Schritt des Zwischenfazits werden die Rückmeldungen aus dem Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zur SLAPP-Initiative hinsichtlich ihrer Relevanz für die Forschungsfrage, welche politischen Konfliktlinien den Diskurs zur Initiative prägen, ausgewertet. Es wurde deutlich, dass der Diskurs der Rückmeldungen entlang aller drei untersuchten Konfliktlinien verläuft. Keine der Konfliktlinien ist dabei deutlich intensiver aufgefallen als die anderen Konfliktlinien, wobei festgestellt wurde, dass die meisten Argumente auf die Integrations-/Souveränitäts-Achse (siehe Tabelle 3) entfallen. Interessant bei dieser Konfliktlinie ist, dass der Vergleich mit den anderen Konfliktlinien zeigt, dass beide Pole auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse am Diskurs beteiligt sind, während auf den anderen Konfliktlinien nur ein Pol bestimmend ist. Der Integrationspol ist auch in diesem Fall

stärker als der Souveränitätspol, allerdings ist die Differenz zwischen den Polen dieser Konfliktlinie weitaus geringer. Die Argumente, die den Diskurs dieser Konfliktlinie bestimmen, sind auf der Integrationsseite ein von der EU vorgegebener einheitlicher Rechtsrahmen mit Mindeststandards. Außerdem soll die EU die Umsetzung der Maßnahmen durch die Nationalstaaten kontrollieren und sie in allen weiteren Prozessen unterstützen. Die Organisationen fordern die EU wiederholt auf, die Initiative weiter auszubauen. Auf dem Gegenpol der Souveränität wird die Rolle der Nationalstaaten betont. Zudem werden die Nationalstaaten aufgefordert, weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen zu beschließen, die über die Initiative hinausgehen. Eine Organisation lehnt die Initiative vollständig ab, da sie zu stark in das nationale Recht und die nationalen Zuständigkeiten eingreift.

Die GAL/TAN-Achse ist im Diskurs weniger präsent, aber weiterhin von entscheidender Bedeutung. Auf dieser Konfliktlinie ist zu beobachten, dass der TAN-Pol keine entscheidende Rolle im Diskurs einnimmt und lediglich ein Argument zum Schutz der bestehenden nationalen Rechtsordnung auf ihn entfällt. Der GAL-Pol wird insbesondere durch Argumente zum Schutz der Freiheitsrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie geprägt. Der Schutz von Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird in den Rückmeldungen wiederholt betont.

	GAL-TAN- Achse	Links/Rechts- Achse	Integrations-/Souveränitäts- Achse
Statements	93	88	99

Tabelle 3: Verteilung der Statements aus den Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens

Die Links/Rechts-Achse ist die schwächste Konfliktlinie im Diskurs der Organisationen. Dennoch ist sie mit Erwähnungen in rund 64% der Statements von Relevanz. Auch auf dieser Konfliktlinie wurde einer der Pole intensiver erwähnt. Auf dem rechten Pol wird hauptsächlich Skepsis gegenüber staatlicher Regulierung geäußert und die Notwendigkeit von Gleichheit vor dem Gesetz betont, die durch eine Sonderstellung von Journalist:innen nicht mehr gegeben wäre. Hauptargumente für den linken Pol sind der Schutz von finanziell Schwächeren gegenüber ökonomisch stärkeren Kläger:innen und die Forderung nach staatlicher Regulierung, beispielsweise in Form von finanzieller Unterstützung.

In Zusammenhang mit der Forschungsfrage lässt sich zusammenfassend feststellen, dass alle drei politischen Konfliktlinien in fast gleich starker Ausprägung Teil des Diskurses der Rückmeldungen sind und damit alle eine prägende Rolle einnehmen.

Im zweiten Schritt dieses Zwischenfazit werden die zu Beginn der Analyse aufgestellten Erwartungen hinsichtlich der Rückmeldungen untersucht. Die ersten Erwartungen besagen, dass einer der Pole auf den drei politischen Konfliktlinien stärker im Diskurs auffallen wird. Für die GAL/TAN-Achse ist dies der GAL-Pol und für die Links/Rechts-Achse ist dies der linke Pol. Dies ist darin begründet, dass die Initiative linke und GAL-Themen, insbesondere den Schutz von Schwächeren und den Schutz von Journalist:innen, hervorhebt. Diese Erwartung kann für beide Konfliktlinien bestätigt werden. In beiden Fällen entfällt auf den jeweiligen Pol eine starke Mehrheit der Statements. Besonders intensiv ist dies auf der GAL/TAN-Achse der Fall. Hier wird nur ein Statement dem TAN-Pol zugeordnet, 92 dem GAL-Pol. Auf der Links/Rechts-Achse sind es vier Statements für den rechten Pol und 84 für den linken Pol.

Für die Integrations-/Souveränitäts-Achse besagt die zweite Erwartung, dass der Integrationspol den Diskurs dominieren wird, da es sich bei den Organisationen um grenzüberschreitende Zusammenschlüsse handelt, die internationale Interessen verfolgen. Auch diese Erwartung kann bestätigt werden. Von 99 Statements auf der Konfliktlinie entfallen 78 auf den Integrationspol. Diese Verteilung ist weniger einseitig als bei den anderen Konfliktlinien, aber immer noch eindeutig auf den integrationsorientierten Pol ausgerichtet. Die letzte Erwartung besagt, dass alle drei Konfliktlinien den Diskurs der Rückmeldungen prägen. Dies konnte bereits festgestellt werden, somit hat sich auch diese Erwartung bewahrheitet.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass proeuropäische und progressive Argumente den Diskurs der Rückmeldungen des Konsultationsverfahrens der Europäischen Kommission prägen und alle untersuchten Konfliktlinien eine entscheidende Rolle im Diskurs einnehmen.

5. Vergleich der Cleavage Untersuchungen

Ein Vergleich der Ergebnisse aus den Redebeiträgen im Europäischen Parlament mit den Rückmeldungen aus dem Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission zeigt, dass der politische Diskurs über die SLAPP-Initiative deutlich entlang der drei untersuchten Konfliktlinien strukturiert ist. Die Auswertung der 267 Statements verdeutlicht, dass alle Konfliktlinien eine relevante Rolle im Diskurs zur Initiative einnehmen. Die GAL/TAN-Achse wurde in rund 78% der Statements identifiziert, die Links/Rechts-Achse und die Integrations-/Souveränitäts-Achse jeweils in rund 62%. Die Zahlen verdeutlichen die Relevanz der

Konfliktlinien. Im folgenden Abschnitt werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede systematisch herausgearbeitet.

	GAL/TAN- Achse		Links/Rechts- Achse		Integrations- /Souveränitäts- Achse		Statements gesamt
Redebeiträge	114	88%	78	60%	66	51%	129
Rückmeldungen	93	67%	88	64%	99	72%	138
Gesamt	207	78%	166	62%	165	62%	267

Tabelle 4: Übersicht der Statements auf den Konfliktlinien

5.1. Auswertung der Cleavages in den Diskursebenen

Die Auswertung der Statements entlang der Konfliktlinien (siehe Tabelle 3) zeigt, dass die GAL/TAN-Achse am stärksten im Diskurs vertreten ist. Rund 78% der Statements enthalten einen Bezug zu dieser Konfliktlinie. In beiden Diskursbereichen tritt diese Konfliktlinie stark auf. Die Analyse der Parlamentsdebatte ergab, dass rund 89% der Statements dieser Konfliktlinie zugeordnet werden konnten, wobei 92% auf den GAL-Pol fielen, während TAN-Argumente nur vereinzelt vorkamen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Untersuchung der Konsultationsrückmeldungen. Auch hier lassen sich die meisten Argumente dem GAL-Pol zuordnen, während TAN-Positionen nahezu gänzlich ausblieben. Diese Polarisierung auf einen der beiden Pole wird in Tabelle 4 verdeutlicht. Die GAL/TAN-Achse bildet somit in beiden Fällen einen zentralen Referenzrahmen des Diskurses. Dies macht deutlich, dass kulturell-normative Fragen, insbesondere der Schutz von Freiheitsrechten und der demokratischen Öffentlichkeit, im Zentrum der Auseinandersetzung stehen.

	GAL	TAN	Links	Rechts	Integration	Souveränität
Redebeiträge	106	8	65	13	58	8
Rückmeldungen	92	1	84	4	78	21
Gesamt	198	9	149	17	136	29

Tabelle 5: Übersicht der Statements auf den Polen der Konfliktlinien

Die Links/Rechts-Achse ist ebenfalls in beiden Untersuchungsebenen präsent, jedoch weniger stark ausgeprägt. Diese Konfliktlinie wurde in rund 62% der Statements identifiziert. In der Debatte im Europäischen Parlament wurde sie in rund 60% der Statements aufgegriffen, in den Rückmeldungen in rund 64% der relevanten Beiträge. Auch hier lässt sich eine klare Tendenz erkennen, der überwiegende Teil der Argumente verortet sich auf der linken Seite der

Konfliktlinie, indem Schutzaspekte für schwächere gesellschaftliche Gruppen, Forderungen nach staatlicher Regulierung und Kritik an Machtasymmetrien betont werden. Rechte Positionen treten demgegenüber nur vereinzelt auf und äußern sich vor allem in Warnungen vor Überregulierung oder in der Kritik an einer möglichen Sonderstellung bestimmter Akteure, darunter Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Die Integrations-/Souveränitäts-Achse nimmt in der Gesamtauswertung die schwächste Rolle ein, sie ist jedoch vergleichbar stark wie die Links/Rechts-Achse und keineswegs irrelevant. In den Redebeiträgen wurde sie in 52% der Statements thematisiert, wobei wiederum ein Pol, der Integrationspol, mit 88% der Erwähnungen weit stärker aufgegriffen wurde. Diese Konfliktlinie unterscheidet sich von den anderen, denn der Souveränitätspol ist weniger nebensächlich und nimmt eine wichtigere Rolle im Diskurs ein. Beiden Diskursebenen ist gemeinsam, dass eine europäische Lösung als notwendige Bedingung zur wirksamen Bekämpfung von SLAPP-Klagen gesehen wird. Ein Unterschied besteht darin, dass in den Konsultationsrückmeldungen die Verantwortung der Nationalstaaten besonders hervorgehoben wurde.

Insgesamt zeigt der Vergleich, dass alle drei Konfliktlinien auf beiden Untersuchungsebenen eine Rolle spielen, jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Am stärksten prägt die GAL/TAN-Achse den Diskurs, während die anderen Konfliktlinien eine sekundäre, gleichwohl relevante Dimension bilden. Fünf Statements konnten keiner der Konfliktlinien zugeordnet werden. Diese Statements zeigen jedoch keinen inhaltlichen Zusammenhang, der die Existenz einer weiteren Konfliktlinie im Diskurs belegen würde. Dies bestätigt die Relevanz der drei untersuchten Konfliktlinien im Diskurs der SLAPP-Initiative.

5.2. Polarisierung der Konfliktlinien

Ein zentrales Ergebnis der Analyse ist die deutliche Asymmetrie innerhalb der Konfliktlinien. Auf allen drei Konfliktlinien konnte gezeigt werden, dass jeweils ein Pol klar dominiert. Auf der GAL/TAN-Achse entfallen rund 96% der Statements auf den GAL-Pol, auf der Links/Rechts-Achse entfallen rund 90% der Statements auf den linken Pol und auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse entfallen rund 82% der Statements auf den Integrationspol. Diese Polarisierung zugunsten progressiver und proeuropäischer Positionen verweist auf die enge thematische Anbindung des Diskurses an die Intentionen der Initiative. Die SLAPP-Initiative der Europäischen Kommission zielt darauf ab, Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen vor missbräuchlichen Klagen zu schützen. Es liegt daher nahe, dass Argumente, die den Schutz

dieser Gruppen betonen, stärker hervortreten. Ein wichtiger Aspekt der Initiative ist es die Freiheitsrechte in der EU zu schützen, weswegen dieses Argument ebenfalls wiederholt auftritt. Eng damit verbunden ist die Machtasymmetrie zwischen schwächeren und ökonomisch stärkeren Gruppen. Dies sind Argumente, die von progressiven Akteuren vertreten werden und als GAL- bzw. linke Argumente gelten.

Die Asymmetrie auf den Konfliktlinien verweist zugleich auf einen Konsens unter den großen proeuropäischen Fraktionen. In der Debatte im Europäischen Parlament hat es sich gezeigt, dass auch Fraktionen, die in anderen Politikfeldern häufig konservative Positionen vertreten, im Kontext der SLAPP-Initiative progressive Argumente vorbringen. Diese Konstellation verdeutlicht, dass die Debatte weniger entlang klassischer parteipolitischer Linien verläuft, sondern vielmehr durch den normativen Gehalt der Initiative strukturiert wird, der wiederum die Konfliktlinien widergespiegelt.

5.3. Vergleich der Diskursebenen

Ein Vergleich der beiden Diskursebenen verdeutlicht zunächst eine Reihe gemeinsamer Muster. Es wurde bereits dargestellt, dass alle drei Konfliktlinien in beiden Diskursebenen eine entscheidende Rolle einnehmen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Ebenso wurde bereits die Gemeinsamkeit der Polarisierung entlang der Konfliktlinien diskutiert. Im Folgenden sollen zunächst inhaltliche Gemeinsamkeiten diskutiert werden, bevor anschließend die Unterschiede zwischen den Diskursebenen herausgearbeitet werden.

Entlang der GAL/TAN-Achse wird in beiden Diskursebenen, sowohl in den Redebeiträgen der MdEP als auch in den Rückmeldungen der Konsultation, der Schutz zentraler Freiheitsrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Schutz von Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in hohem Maße betont. Darüber hinaus werden Transparenz, Pluralismus und die Sicherung einer offenen Öffentlichkeit hervorgehoben. Damit zeigen beide Ebenen übereinstimmend, dass die SLAPP-Initiative primär als Instrument zur Verteidigung demokratischer Rechte verstanden wird.

Auch auf der Links/Rechts-Achse sind deutliche Gemeinsamkeiten zwischen den Diskursebenen erkennbar. In beiden Fällen überwiegen Argumente, die den Schutz von schwächeren gesellschaftlichen Gruppen gegenüber ökonomisch mächtigen Akteuren fordern. Dabei werden Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen als schutzbedürftig hervorgehoben, während auf der Gegenseite reiche Kläger:innen und Unternehmen als Verursacher von Machtasymmetrien dargestellt werden. Hinzu kommen Forderungen nach staatlicher Regulierung, um missbräuchliche Klagen effektiv zu verhindern, beispielsweise durch die frühzeitige Abweisung solcher Klagen oder die

finanzielle Unterstützung der Opfer von SLAPP-Klagen. Auch wenn auf beiden Diskursebenen einzelne gemeinsame rechte Positionen auftreten, etwa die Warnung vor Überregulierung oder die Kritik an möglichen Sonderrechten für bestimmte Gruppen, bleiben diese quantitativ klar in der Minderheit.

Ein weiteres zentrales gemeinsames Muster zeigt sich auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse. Sowohl die MdEP als auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen gehen von einem grenzüberschreitenden Charakter von SLAPP-Klagen aus, der nationales Recht überschreitet und daher nur durch eine gemeinsame europäische Lösung effektiv adressiert werden kann. Im Zusammenhang mit den inhaltlichen Intentionen der Initiative wird wiederholt auf gemeinsame europäische Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Meinungs- und Pressefreiheit verwiesen, deren Schutz als gesamteuropäische Aufgabe verstanden wird. Die Forderung nach einheitlichen Standards und verbindlicher Harmonisierung auf EU-Ebene stellt in beiden Diskursebenen ein zentrales Argument dar.

Neben diesen Gemeinsamkeiten treten auch Unterschiede hervor. Während die parlamentarische Debatte durch ein breiteres Meinungsspektrum geprägt ist, spiegeln die Konsultationsrückmeldungen, mit Ausnahme der Integrations-/Souveränitäts-Achse, eine deutlich homogenere Argumentationsstruktur wider. In der Debatte im Europäischen Parlament wurden auch Minderheitspositionen eingebracht, etwa Bedenken hinsichtlich einer „Zwei-Klassen-Justiz“, Kritik an einer möglichen Überregulierung oder Zweifel am Mehrwert der Initiative. Diese Argumente blieben zwar quantitativ in der Minderheit, dokumentieren jedoch eine breitere inhaltliche Debatte.

Die Rückmeldungen zeigen hingegen ein nahezu geschlossenes Bild. Die Organisationen formulierten fast ausschließlich GAL- und linke Positionen, während Argumente auf den entgegengesetzten Polen kaum auftraten. Auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse werden hingegen eine Vielzahl souveränitätsorientierter Argumente in den Diskurs eingebracht. Einzelne Organisationen betonten die Rolle der Nationalstaaten und sagten, dass diese über die Maßnahmen der Initiative hinaus weitere Regelungen beschließen sollten. Dieses Argument wurde auch von einzelnen MdEP aufgegriffen, jedoch nur in geringer Zahl, während es von den Organisationen wiederholt vorgebracht wurde.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass beide Diskursebenen wesentliche Gemeinsamkeiten in der inhaltlichen Ausrichtung aufweisen. Sie betonen Freiheitsrechte, den Schutz von Schwächeren und die Notwendigkeit einer europäischen Lösung. Unterschiede bestehen primär in der Pluralität und der Fokussierung auf einzelne der vorgebrachten Argumente.

6. Conclusio

Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und mit den theoretischen Erwartungen verglichen. Abschließend wird die Forschungsfrage der Arbeit beantwortet. Das Ziel besteht darin, die gewonnenen Ergebnisse sowohl empirisch als auch theoretisch einzuordnen und ihre Bedeutung für die Cleavage-Forschung in der EU zu ermitteln.

Die Analyse der Redebeiträge im Europäischen Parlament sowie der Rückmeldungen aus dem Konsultationsverfahren der Europäischen Kommission hat ergeben, dass alle drei Konfliktlinien, die GAL/TAN-Achse, die Links/Rechts-Achse und die Integrations-/Souveränitäts-Achse, in den Diskursen erkennbar sind, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Besonders stark ausgeprägt ist die GAL/TAN-Achse, die in beiden Diskursebenen einen zentralen Bezugspunkt bildet. In den Redebeiträgen und in den Konsultationsrückmeldungen dominieren Argumente des GAL-Pols. Diese betonen den Schutz der Freiheitsrechte (insbesondere Meinungs- und Pressefreiheit), die Verteidigung pluralistischer Öffentlichkeit sowie den Schutz von Journalist:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch die Links/Rechts-Achse ist in beiden Ebenen präsent, wobei sich die Argumente wiederum auf einen Pol, den linken Pol, fokussieren. Argumentationen des Schutzes von Schwächeren gegenüber ökonomisch Stärkeren sowie zur Notwendigkeit von staatlicher Regulierung, durch frühzeitige Abweisung von SLAPP-Klagen und finanzielle Unterstützung für die Opfer solcher Klagen, können diesem Pol in den Diskursen wiederholt zugeordnet werden. Rechte und TAN-Argumente bleiben in beiden Diskursebenen eine Minderheit, treten in der Debatte im Europäischen Parlament jedoch deutlicher auf als in den Rückmeldungen. Auf der Integrations-/Souveränitäts-Achse überwiegt in beiden Diskursen schließlich eine integrationsfreundliche Perspektive. Diese erachtet eine EU-weite Harmonisierung als notwendig, um SLAPP-Klagen effektiv zu bekämpfen, und fordert die EU zum Schutz der gemeinsamen Werte auf.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass der Schutz vor SLAPP-Klagen im untersuchten Diskurs überwiegend als linkes, GAL-orientiertes und integratives Thema verhandelt wird. Die dargestellten Argumente, die sich auf diese Pole der politischen Konfliktlinien beziehen, dominieren den Diskurs. Positionen, die davon abweichen, sind in der Minderheit und ordnen dem Thema tendenziell geringere Bedeutung zu. Besonders interessant ist, dass die Argumente einzelner Fraktionen teilweise im Widerspruch zu den erwartbaren Positionen dieser Fraktionen stehen. So bedienen sich Fraktionen, die theoretisch eher auf der rechten, TAN- oder

souveränitätsorientierten Seite der Konfliktlinien verortet werden, im Kontext der SLAPP-Initiative Argumenten, die typischerweise auf der Gegenseite zu finden sind.

Ein Vergleich dieser Argumente mit den theoretischen Erwartungen zeigt, dass sich zentrale Annahmen der Cleavage-Theorie in der EU bestätigen. Während Hix und Lord (1997) die Links/Rechts-Achse und die Integrations-/Souveränitäts-Achse als dominante politische Konfliktlinien hervorheben, beschreiben Hooghe und Marks (2009) die GAL/TAN-Achse als zunehmend prägend. Die vorliegende Analyse bestätigt diese theoretischen Annahmen, zeigt jedoch eine klare Verschiebung in der Gewichtung der Konfliktlinien. Während alle Konfliktlinien relevant sind, dominiert im Diskurs zur SLAPP-Initiative die GAL/TAN-Achse. Damit stützen die Ergebnisse die postfunktionalistische Weiterentwicklung der Cleavage-Theorie, welche dem kulturell-identitären Konflikt auf EU-Ebene eine besondere Bedeutung beimisst. Zugleich wird sichtbar, dass auch klassische sozioökonomische und integrationspolitische Linien weiterhin eine Rolle spielen.

Die Forschungsfrage dieser Arbeit *Welche politischen Konfliktlinien (Cleavages) prägen den Diskurs der europäischen „SLAPP-Initiative“?* lässt sich damit eindeutig beantworten. Der Diskurs zur SLAPP-Initiative ist durch alle drei untersuchten Konfliktlinien strukturiert, jedoch in stark asymmetrischer Form entlang der jeweiligen Konfliktlinien. In beiden Diskursebenen dominieren progressive Argumente, die sich auf die Pole GAL, Links und Integration fokussieren. TAN-, rechte- und Souveränitätspositionen spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

7. Schlussbetrachtung

In der vorliegenden Arbeit wurde ein spezifisches Politikfeld der EU anhand der politischen Konfliktlinien im Diskurs zur SLAPP-Initiative untersucht. Dabei zeigte sich, dass sich auch in einem vermeintlich konsensualen Politikprozess deutliche Muster politischer Konfliktlinien identifizieren lassen. Dennoch ist es notwendig, die Aussagekraft und die Grenzen der Untersuchung kritisch zu reflektieren und die Ergebnisse in den Kontext der Cleavage-Forschung einzuordnen.

Ein zentrales methodisches Limit dieser Arbeit liegt in der begrenzten Datenauswahl. Die Analyse der parlamentarischen Debatte stützt sich auf ein einzelnes Plenarprotokoll, in dem zwar alle Fraktionen des Europäischen Parlaments vertreten sind, das jedoch nur einen spezifischen Zeitpunkt des politischen Prozesses abbildet. Somit kann die Untersuchung die Dynamik der Argumentationsentwicklung über den gesamten Gesetzgebungsprozess hinweg nur eingeschränkt erfassen. Der parlamentarische Gesetzgebungsprozess umfasst jedoch

weitaus mehr als nur eine Debatte im Parlament. So wurde beispielsweise die Debatte in den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments nicht untersucht. Gleiches gilt für die Auswertung der Rückmeldungen zum Konsultationsverfahren. Zwar wurden mit zwölf ausgewählten Organisationen eine inhaltlich aussagekräftige, jedoch keine allgemein repräsentative Auswahl getroffen. Es bleibt überdies offen, inwieweit andere Stakeholder, etwa staatliche Akteure, Unternehmen oder andere Verbände, den Diskurs außerhalb des untersuchten Bereiches geprägt haben. Diese Arbeit berücksichtigt nur einen Teil des gesamten politischen und gesellschaftlichen Diskurses zur SLAPP-Initiative

Eine weitere Grenze ergibt sich aus der gewählten Methodik, der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015). Die qualitative Inhaltsanalyse ermöglicht eine tiefgehende Rekonstruktion der Argumentationsmuster, beinhaltet jedoch immer auch subjektive Interpretationsentscheidungen. Trotz der Orientierung an den theoretisch definierten Konfliktlinien und der sorgfältigen Operationalisierung dieser lässt sich nicht ausschließen, dass einzelne Zuordnungen der Statements zu den Konfliktlinien durch die Interpretation des Autors beeinflusst wurden.

Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen sich in mehrfacher Hinsicht in die bestehende Cleavage-Forschung einordnen. Einerseits bestätigt die Analyse die anhaltende Relevanz des Cleavage-Ansatzes für die Untersuchung politischer Diskurse in der EU. Selbst in einem Politikfeld, das nicht entlang klassischer sozioökonomischer oder territorialer Trennlinien strukturiert ist, lassen sich demnach Konfliktlinien rekonstruieren.

Andererseits unterstreichen die Befunde die von Hooghe und Marks (2009) formulierte Annahme einer Verschiebung der politischen Diskussionsstruktur in Richtung kulturell-identitärer Spaltungslinien. Die prägende Rolle der GAL/TAN-Achse sowie die Bedeutung von Freiheits- und Wertefragen im Diskurs zur SLAPP-Initiative zeigen, dass Konflikte in der EU zunehmend entlang postmaterialistischer und normativer Dimensionen verlaufen. Gleichzeitig zeigt die Untersuchung, dass auch klassische Spannungslinien weiterhin relevant sind. Die Ergebnisse der Arbeit positionieren sich dabei zwischen den theoretischen Ansätzen des Neofunktionalismus und des Postfunktionalismus. Einerseits wird die europäische Integration als funktionale Reaktion auf neue Herausforderungen sichtbar, andererseits zeigen sich auch identitätspolitische Spannungen, die an bestehende gesellschaftliche Spaltungen anknüpfen. Konkret zeigt sich diese Spannung in der Untersuchung zwischen der Forderung nach einer grenzüberschreitenden europäischen Maßnahme gegen SLAPP-Klagen einerseits und der Betonung nationaler Identität und Selbstbestimmung andererseits.

Insgesamt trägt die Arbeit somit dazu bei, die Cleavage-Theorie als dynamisches Konzept weiterzudenken. Politische Konfliktlinien in der EU sind nicht statisch, sondern verschieben sich je nach Politikfeld, normativem Kontext und Akteurskonstellationen. Die vorliegende Analyse veranschaulicht, wie sich alte und neue Spaltungslinien überlagern und in konkreten Gesetzgebungsprozessen manifestieren.

Auf Basis dieser Erkenntnisse ergeben sich mehrere Ansatzpunkte für weiterführende Forschung. Zum einen kann die Forschung dieser Arbeit fortgesetzt und vertieft werden. Für eine umfassende Untersuchung der SLAPP-Initiative wäre eine Erweiterung der empirischen Basis sinnvoll. So könnten etwa Stellungnahmen und Anfragen von nationalen Regierungen hinzugezogen werden, um das Wechselspiel zwischen supranationalen und nationalen Diskursen zu analysieren. Auch andere politische und zivilgesellschaftliche Stellungnahmen könnten die Ergebnisse dieser Arbeit vertiefen.

Auf Basis der Cleavage-Theorie gibt es verschiedene Forschungsarbeiten, die sich mit unterschiedlichen Politikfeldern beschäftigen. Eine weiterreichende, vergleichende Untersuchung mit verschiedenen Politikfeldern könnte neue Erkenntnisse liefern. Ein Vergleich der Politikbereiche würde differenzierte Aussagen über die Konfliktlinien ermöglichen. So ließe sich beispielsweise überprüfen, ob die Ergebnisse über die Politikfelder hinweg gleich sind oder ob es Differenzen gibt. Eine Untersuchung dieser Art könnte klären, ob die in dieser Arbeit beobachtete Dominanz kulturell-normativer Konfliktlinien eine generelle Tendenz darstellt oder eine Besonderheit einzelner Politikfelder ist.

Aus theoretischer Perspektive der Cleavage-Theorie ergibt sich, die politischen Konfliktlinien im Zeitverlauf zu untersuchen. Die von Hooghe und Marks (2009) identifizierte Konfliktlinie, die GAL/TAN-Achse, ist vergleichsweise jung und wurde noch nicht abschließend untersucht. Eine historische Untersuchung könnte aufzeigen, wie sich die politische Debattenkultur und die thematischen Schwerpunkte im Laufe der Zeit verändert haben und in welchem Maße diese Entwicklung zur Herausbildung der heutigen kulturell-normativen Konfliktstruktur beigetragen hat.

Die vorliegende Arbeit verdeutlicht, dass die Cleavage-Theorie auch in den normativen Politikfeldern der EU anwendbar ist. Gleichzeitig wird deutlich, dass sich die Struktur politischer Konflikte fortlaufend verändert und neue Trennlinien entstehen. Die Reflexion dieser Dynamik ist sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für das Verständnis der politischen Auseinandersetzungen in der EU von zentraler Bedeutung.

8. Verwendete Programme

Zur Übersetzung aller nichtdeutschen Texte wurde das Tool „DeepL Übersetzer“ genutzt. Die Redebeiträge der MdEP sowie die Rückmeldungen aus dem Konsultationsprozess wurden zunächst in der Originalsprache heruntergeladen und anschließend mit DeepL übersetzt.

Die Arbeit wurde mithilfe von DeepL Write Korrektur gelesen.

9. Literaturverzeichnis

Amtsblatt der Europäischen Union (16. April 2024). Richtlinie (EU) 2024/1069 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“). https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401069 (letzter Zugriff: 18. November 2025).

Asociación de Víctimas de Corrupción Judicial (05. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2675589_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Blueprint for Free Speech (29. Juni 2022). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F3318627_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Border Violence Monitoring Network (18. Juni 2022). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F3315411_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Bundesverfassungsgericht (1958). Urteil des Ersten Senats vom 15. Januar 1958 - 1 BvR 400/51, Randnummer 1-75. https://www.bverfg.de/e/rs19580115_1bvr040051 (letzter Zugriff: 24. Juli 2025).

Börzel, T. A. und Hartlapp, M. (2022). Eurosceptic Contestation and Legislative Behaviour in the European Parliament. In: Ahrens, P., Elomäki, A. und Kantola, J. (eds.): European Parliament's Political Groups in Turbulent Times. Cham, Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1007/978-3-030-94012-6_5. S. 97-122.

Coalition against SLAPPs in Europe (2024). A 2024 Report on SLAPPs in Europe: Mapping Trends and Cases. <https://www.the-case.eu/resources/a-2024-report-on-slapps-in-europe-mapping-trends-and-cases/> (letzter Zugriff: 25. Juli 2025).

Coalition against SLAPPs in Europe (o.D.). About Us. <https://www.the-case.eu/about/> (letzter Zugriff: 18. Oktober 2025).

Deiss, C. (2024). SLAPP! Wie Einschüchterungsklagen unsere Meinungsfreiheit bedrohen. Amnesty International Österreich. In. Amnesty International Österreich. <https://www.amnesty.at/news-events/news/slapp-wie-einschuechterungsklagen-unsere-meinungsfreiheit-bedrohen/> (letzter Zugriff: 25. Juli 2025).

Europäische Kommission (o.D.). Schutz der Demokratie. https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy_de (letzter Zugriff: 28. Juli 2025).

Europäische Kommission (2021). Roadmap (Ares(2021)6011536). https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=PI_COM%3AAres%282021%296011536&qid=1755008029451 (letzter Zugriff: 12. August 2025).

Europäische Kommission (2022). Commission Staff working document (SWD/2022/117 final). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A52022SC0117> (letzter Zugriff: 12. August 2025).

Europäisches Parlament (2023a). Ausführlicher Sitzungsbericht der Plenarsitzung zum Thema „Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren (Aussprache)“ (Tagesordnungspunkt 16) am 10. Juli 2023, Straßburg. https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-07-10-ITM-016_DE.html (letzter Zugriff 17. September 2025)

Europäisches Parlament (2023b). Offene SLAPP-Klagen 2022 und 2023. Die Verbreitung strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung in der Europäischen Union und entsprechende regulatorische Maßnahmen.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/756468/IPOL_STU\(2023\)756468_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2023/756468/IPOL_STU(2023)756468_DE.pdf) (letzter Zugriff: 12. August 2025).

European Network of National Human Rights Institutions (29. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2746246_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Föderales Institut für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte (o.D.). Beispiele für SLAPP. <https://federaalinstituutmensenrechten.be/de/beispiele-fuer-slapp> (letzter Zugriff: 25. Juli 2025).

Global Institute for Structure relevance, Anonymity and Decentralisation i.G. (29. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2746202_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Heermann, M. (2023). Civil liberties or economic freedom? The political space of Internet policy in the European Parliament, 1999–2014. In: *Journal of European Public Policy*, 31(5). <https://doi.org/10.1080/13501763.2023.2175019>. S. 1368–1395.

Hix, S. und Lord, C. (1997). Shape of the EU Party System. In: Hix, S. und Lord, C.: *Political Parties in the European Union*. New York, Macmillan. S. 21-53.

Hix, S., Noury, A. und Roland, G. (2006). Dimensions of Politics in the European Parliament. In: *American Journal of Political Science*, 50(2). <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2006.00198.x>. S. 494-520.

Hooghe, L. und Marks, G. (2009). A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science*, 39(1). <https://doi.org/10.1017/S0007123408000409>. S. 1-23.

Justice and Environment (29. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2746197_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Justice and Environment (29. Juni 2022). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F3318601_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Justice and Environment (2025). About us. <https://justiceandenvironment.org/about-us/> (letzter Zugriff 18. Oktober 2025).

Le cose che vanno International (31. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2746332_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Legislativ Observatory (2024). Protection of journalists and human rights defenders from manifestly unfounded or abusive court proceedings (2022/0117(COD)). <https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/document-summary?id=1777391> (letzter Zugriff: 28. Juli 2025).

Lipset, S. M. und Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: Lipset, S. M.: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York, Free Press, S. 1-64.

Mayring, P. (2015). Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. 12., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Weinheim, Beltz.

McElroy, G., und Benoit, K. (2012). Policy positioning in the European Parliament. In: European Union Politics, 13(1). <https://doi.org/10.1177/1465116511416680> S. 150–167.

Rat der Europäischen Union (2024). Anti-SLAPP-Richtlinie: Endgültiges grünes Licht für EU-Gesetz zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern. <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/19/anti-slapp-final-green-light-for-eu-law-protecting-journalists-and-human-rights-defenders/> (letzter Zugriff: 28. Juli 2025).

Scharpf, F. W. (1999). Political Democracy in a Capitalist Economy. In: Scharpf, F. W.: Governing in Europe: Effective and Democratic?. Oxford, Oxford University Press, S. 6-42.

Sdružení pro internetový rozvoj (29. Juni 2022). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F3318717_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

The Coalition Against SLAPPs in Europe (28. Juni 2022). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F3318330_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

The London Story (26. November 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2745620_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

The Silence by Lawsuit (01. November 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2748942_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).

Thomassen, J. J. A. und Bäck, H. (2009). European Citizenship and Identity after Enlargement. In: Thomassen, J. J. A.: The Legitimacy of the European Union after Enlargement. Oxford, Oxford University Press, S. 184-207.

Trüdinger, E.-M., und Bollow, U. (2011). Andere Zeiten, andere Inhalte. Bedeutungsgehalt und Bedeutungswandel der politischen Richtungsbegriffe Links und Rechts im innerdeutschen Vergleich. In: Zeitschrift Für Parlamentsfragen, 42(2). <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2011-2-398>. S. 398-418.

Verein gegen Tierfabriken (27. Oktober 2021). [Rückmeldung auf die SLAPP-Initiative der Europäische Kommission]. https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Maßnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen-/F2745776_de (letzter Zugriff: 14. Oktober 2025).